

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4
Fernsprecher: Amt F 7 Jannowitz 6191

Berlin, den 23. Juli 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Unser Wahlprogramm: Gerechte Lastenverteilung

Wiederholt ist an dieser Stelle darauf hingewiesen: Die erste Notverordnung der Regierung der Nazibarone stellt einen Rekord an sozialer Ungerechtigkeit dar. Sie läßt alle Lasten den breiten Massen auf und verteilt an die Besitzenden Geschenke. Den werktätigen Schichten bringt sie eine Milliarde Sozialabbau und dreiviertel Milliarden neue Steuern, den Besitzenden aber 100 Millionen Steuererlaß. So sieht also „die Anpassung an die Armut der Nation“ aus, die die Junkerregierung in ihrer Regierungserklärung angekündigt hat. Diese Anpassung an die Armut gilt nur für die Arbeitslosen und Sozialrentner, für die Kriegsbeschädigten und für die Wohlfahrtsempfänger, nicht aber für die hohen Gehälter und Pensionen, für die Kapitalisten und Großagrarien.

Die Junkerregierung hat nicht den Mut, die Verantwortung für ihre erste Notverordnung selbst zu übernehmen. Die Nazis machen verzweifelte Anstrengungen, die Mitschuld an der Notverordnung dieser Regierung abzuleugnen, der sie selbst in den Sattel geholfen haben. Deshalb versuchen Nazis und Junkerregierung gemeinsam, die Schuld an den ungeheuren Belastungen von sich abzuwälzen und einer angeblich sozialistischen Finanzwirtschaft in den letzten Jahren in die Schuhe zu schieben. Wie steht es in Wirklichkeit mit dieser „marxistischen Mißwirtschaft“?

In den letzten dreizehn Jahren war der Posten des Reichsfinanzministers nur eindreiviertel Jahre lang durch einen Sozialdemokraten besetzt. Als er sein Amt antrat, hatten seine bürgerlichen Vorgänger alle Uberschüsse verwirtschaftet und ihm ein riesiges Defizit hinterlassen. Als dann die Wirtschaftskrise hereinbrach, mußte sie zwangsläufig zu immer neuen Fehlbeträgen in den öffentlichen Haushalten führen.

Der entscheidende Fehler aber in der Finanzpolitik der letzten Jahre war die unsoziale und ungerechte Lastenverteilung. Alle Opfer wurden den breiten Massen auferlegt; die Erleichterungen aber kamen fast ausschließlich den Besitzenden zugute. Die Massensteuern wurden immer aufs neue erhöht: Tabaksteuer und Biersteuer

wurden mehrmals verschärft, Umsatzsteuer, Getränkesteuer und die Zuckersteuer wurden wesentlich heraufgehakt, Bürgersteuer, Krisensteuer und Konsumvereinssteuer wurden neu eingeführt. Und zu all diesen schweren Belastungen hat die Regierung der Nazibarone jetzt noch die Arbeitslosenabgabe und die Salzsteuer hinzugefügt. Die Besitzsteuern aber wurden dauernd gefenkt: Die Rentnenbankbelastung der Landwirtschaft wurde völlig aufgehoben, die Sondervermögenssteuer der Großindustrieunternehmungen (Industriebelastung) wurde auf ein Drittel abgebaut, die Realsteuern, die Hauszinssteuer, die Kapitalverkehrssteuern wurden ermäßigt, die Kapitalertragssteuer zum größten Teil außer Kraft gesetzt, die Freigrenze bei der Vermögenssteuer wurde erhöht. In dieser Steuersehe des Besitzes und nicht in einer angeblich marxistischen Mißwirtschaft liegt die Hauptursache dafür, daß die Sanierung der öffentlichen Finanzen immer noch nicht gelungen ist. Das Besitzbürgertum hat durch

„Arbeitslose Nichtsteuer“

Nach einem Bericht der bürgerlichen „Eisenacher Zeitung“ vom 18. Juni 1932 hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Katzmann in einer Mittelstandsversammlung in Eisenach unter anderem erklärt:

„In der Siedlungspolitik geht der Nationalsozialismus andere Wege als der bisherige Staat, der sich mit der Besetzung der Randsiedlung durch arbeitslose Nichtsteuer Nester von Staatsfeinden heranzieht.“

„Arbeitslose Nichtsteuer“, so schimpft dieser Naziführer das Millionenheer der Arbeitslosen, denen die Nazi-Papen-Regierung weder Arbeit noch ausreichende Unterstützung sichert. „Arbeitslose Nichtsteuer“, so höhnt dieser Naziführer über die Randsiedler, die bei ihren Hungerunterstützungen täglich acht Stunden lang in glühender Sonne oder bei eisigem Wind schufteten, um sich eine kärgliche Existenz zu sichern. Und das sagt der Führer einer Partei, die ihre Abgeordneten zu einem großen Teil jener Schicht „arbeitsloser Nichtsteuer“ entnimmt, die wir leider in Deutschland wirklich haben und die sich aus Prinzen, pensionierten Generälen usw. zusammensetzt. Das sind die arbeitslosen Nichtsteuer, die obendrein noch die Frechheit besitzen, das Volk von dessen Hungergrotschen sie leben, in so gemeiner und niederträchtiger Weise zu beschimpfen. — Aber die Geduld des Volkes ist zu Ende, es schließt sich zusammen in der Eisernen Front, deren Freiheitspfeile das Hakenkreuz zertrümmern wird. Arbeiter, am 31. Juli muß jeder Stimmzettel ein solcher Freiheitspfeil sein!

eine jahrelange zielbewußte Politik der Lastenabburdung alles darauf angelegt, die finanzielle Grundlage des Staates zu untergraben. Jetzt, nachdem ihm das gelungen ist, hat dasselbe Besitzbürgertum die Stirn, die Verantwortung für die Folgen seiner Politik einer „sozialistischen Finanzpolitik“ zuzuschreiben, die es nie gegeben hat.

Die Regierung der Nazibarone hat mit ihrer neuen Notverordnung bewiesen, daß sie die Besitzenden noch mehr schonen und begünstigen, die breiten Massen aber noch mehr

belasten und überbürden will. Diese Finanzpolitik muß zum Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen führen. Ein solcher Zusammenbruch mit seinen verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen kann nur vermieden werden, wenn an die Stelle der unsozialen und ungerechten Lastenverteilung, wie sie die Nazibarone durchgeführt haben, eine soziale und gerechte Lastenverteilung tritt. Es muß Schluß gemacht werden mit dem bisherigen System, die Massensteuern zu erhöhen und die Besitzsteuern zu senken. Nach all den Abbaumassnahmen, nach all den Massensteuererhöhungen der letzten Jahre müssen endlich die Besitzenden zu fühlbaren Opfern herangezogen werden.

Anstatt auch die kleinsten Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger durch die neue Arbeitslosenabgabe rücksichtslos zu belasten, müssen endlich auch die Besitzenden durch einen kräftigen Zuschlag zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer auf die hohen Einkommen erfaßt werden. Die Furcht vor der Kapitalflucht und die Sorge um die Kapitalbildung, die bisher einer Erhöhung der Einkommensteuer entgegenstanden, sind jetzt hinfällig geworden. Die Kapitalflucht ist auf Grund sozialdemokratischer Dorfschläge durch die neue Devisenzwangswirtschaft fast unmöglich gemacht, und die Kapitalbildung ist aus anderen Gründen nahezu lahmgelegt. Selbst in den hochkapitalistischen Vereinigten Staaten von Amerika sind jetzt die Sätze der Einkommensteuer bis auf 55 Proz. erhöht worden, während sie bei uns nur bis zu 40 Proz. gehen.

Anstatt die Lebenshaltung der Erwerbslosen und der Sozialrentner durch den Sozialabbau auf der ganzen Linie bis weit unter das Existenzminimum herabzudrücken, müssen endlich die großen Vermögen durch eine scharfe Erhöhung der

Vermögens- und Erbschaftsteuer getroffen werden. Unsere Vermögenssteuer beträgt nur $\frac{1}{2}$ Proz., und auch unsere Erbschaftsteuer ist wesentlich milder als zum Beispiel die englische Erbschaftsteuer. Ein Vorstoß Hilferdings als Reichsfinanzminister im Jahre 1929 zur Verschärfung der Erbschaftsteuer ist jedoch an der Einheitsfront aller bürgerlichen Parteien gescheitert.

Anstatt den lebensnotwendigsten Massenverbrauch durch Salzsteuer und Schlachtsteuer aufs schwerste zu belasten, muß endlich der Luxusverbrauch der wohlhabenden Schichten einer umfassenden Besteuerung unterworfen werden. Sogar in Amerika hat man sich jetzt entschlossen, hohe Luxussteuern auf fast alle Luxusartikel einzuführen. Es ist allerhöchste Zeit, daß das auch in Deutschland geschieht.

Das sind die finanzpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, um die bei der Reichstagswahl gekämpft wird. Das ist der Weg, auf dem die Sanierung der öffentlichen Finanzen durchgeführt werden kann, ohne die Kaufkraft der breiten Massen weiter zu schwächen und die Wirtschaftsschrumpfung dadurch noch mehr zu verschlimmern. Für sozial gerechte Lastenverteilung, das ist die finanzpolitische Parole der Sozialdemokratie.

Wer will, daß Schluß gemacht wird mit dem brutalen Sozialabbau, mit den rücksichtslosen Massensteuererhöhungen und mit den freigebigen Steuergeschenken und Subventionen an die Großkapitalisten, wer will, daß endlich auch die Besitzenden Opfer bringen müssen, der muß in diesem Reichstagswahlkampf alle Kräfte daran setzen, daß der Junkerregierung und ihren nationalsozialistischen Bundesgenossen am 31. Juli die Quittung für ihre Politik der Volksbedrückung und der Besiegung erteilt wird. E. R i n n e r.

Gottfried Feders unverschämte Bürgerkriegsheße

Die Eiserne Front ruft: Volk, hab' acht!

Die rechtsstehende „Weser-Zeitung“ bringt folgenden Bericht über eine Versammlung des Nationalsozialisten Gottfried Feder in Bremen, in der er erklärte:

„Dienlich kommt es gar nicht zur Reichstagswahl. Es fehlt nur noch ein Tröpfchen, und unsere Geduld ist zu Ende... Wenn aber das Morden unter den SA-Leuten so weitergeht, werden wir das Notrecht unserer Partei proklamieren und dafür sorgen, daß in längstens 14 Tagen die rote Bestie erledigt ist. Heute noch wird der SA-Mann aus der Partei ausgeschlossen, der eine Waffe bei sich trägt. Es kann dahin kommen, daß der ausgeschlossen wird, der mit der Waffe sich nicht seiner Haut zu wehren weiß.“

Das ist die gewissenloseste Bürgerkriegsheße, das niederträchtigste Spiel mit dem Feuer. Heute schon steht fest, daß die Nationalsozialisten niemand aus der Partei ausschließen, weil er Waffen besitzt oder gebraucht. Heute schon steht fest, daß nationalsozialistische Provokateure mit dem Abzeichen des „Antifaschistischen Kampfbundes“ der Kommunisten mit den Waffen in der Hand von der Polizei aufgegriffen wurden.

Diese klassenverräterischen Spitzmethoden gebraucht eine „Arbeiterpartei“, die tagtäglich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen die deutsche Arbeiterbewegung verleumdet und zu Gewalttätigkeiten gegen die deutschen Arbeiter aufhetzt. Die Blutschuld der letzten Wochen fällt auf alle die, die dieses Treiben begünstigen und zum offenen Bürgerkriege aufreizen

und ihn vorbereiten, um die Reichstagswahl zu verhindern und dem Volke die Möglichkeit zu nehmen, mit dem Stimmzettel in der Hand seinen Willen zum Ausdruck zu bringen.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Sichert das Wahlrecht!

Laßt euch von euren Klassenfeinden nicht provozieren!

Weist aber auch denen die Tür, die von der Einheitsfront reden und in Wahrheit das Spiel der Reaktion treiben. Weist die zurück, die die in der Eisernen Front zusammengefaßten Organisationen tagtäglich in Wort und Schrift des Klassenverrats bezichtigen und damit der wahren Einheitsfront in den Rücken fallen.

Die deutsche Arbeiterklasse führt im Zeichen der Eisernen Front den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus im ganzen Lande.

Es gibt keine Einheitsfront außer der Eisernen Front!

Arbeiter, Männer und Frauen, Werktätige in Stadt und Land! Wer die Einheitsfront der werktätigen Masse ehrlich will, kämpft in den Reihen der Eisernen Front. Nur dort ist sein Platz.

Nur in strengster Disziplin, nur im Zeichen der drei Pfeile machen wir die Berechnung der Gegner auf die Zerplitterung der Arbeiterklasse zuschanden, vernichten wir ihre Hoffnung, den Freiheitswillen des Volkes in blutigen Straßenkämpfen zu ersticken.

Vertraut auf eure Kraft! Vertraut auf eure Führung!

Es lebe die Eiserne Front!

Freiheit!

Das Ende der Reparationen

Nach wochenlangen Verhandlungen ist auf der Konferenz in Lausanne eine Einigung erfolgt. Der 8. Juli 1932 wird in der Geschichte der Menschheit ein denkwürdiger Tag bleiben. 14 lange Jahre waren notwendig, um das Völkermorden auch finanzpolitisch endgültig zu liquidieren. Der Streit um Reparationen hat das Zusammenleben der Völker vergiftet. In Deutschland hat dieser Zankapfel der faschistischen Bewegung nicht geringe Erfolge gebracht. Dem unpolitischen deutschen Volke gegenüber wurde es so hingestellt, als wenn das sogenannte „System“ an den Tributleistungen schuld sei und nur nationalistischer Spektakel genügen würde, um die Kriegsgegner von ihren Forderungen abzubringen. Das Gegenteil ist im Laufe der 14 Jahre des öfteren eingetreten. Nur die

friedliche Verständigung zwischen Gläubigern und Schuldnern der Reparationsforderungen bot einen Weg zur endgültigen Regelung. Es ist ein dornenvoller Pfad, den die Völker Europas seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles wandeln mußten. Rathenau, Stresemann, Müller und Brüning haben unablässig und in konsequenter Haltung auf dem Wege der Verständigung eine Einigung zu erzielen versucht. Nun kommt eine nationalistische Regierung und erntet die Früchte, die andere gesät haben. So bedauerlich dies auch innerpolitisch ist, das arbeitende Volk ist dennoch erfreut, daß endlich jener zwischen den Völkern liegende Eisblock, Reparationszahlungen genannt, zum Schmelzen gebracht werden konnte. — Ehe es eine nationalistische Bewegung gab, haben die deutschen Gewerkschaften und daneben der Internationale Gewerkschaftsbund auf die Beseitigung der starren und strengen Bindungen Deutschlands hinzuwirken versucht. Mehr als einmal haben deutsche Gewerkschaftsführer gerade im Interesse des arbeitenden Volkes ihre Stimme gegen die Reparationsforderungen erhoben. Dies muß hier noch einmal festgelegt werden. Wir können uns deshalb aufrichtig freuen, daß der Vernunft endlich eine Gasse gebahnt wurde und das friedliche Europa von einem lästigen Druck befreit ist. Jene furchtbare Wirtschaftskrise, die alle Erregenschaften zu verschlingen droht, hatte nicht zuletzt in den politischen Spannungen ihre Ursache. Jetzt ist die Möglichkeit gegeben, diesem Krisenzustand energisch und mit allen Mitteln entgegenzuwirken.

Die Vertreter des deutschen Kabinetts der „aufbauenden nationalen Kräfte“ sind mit dem Vorsatz nach Lausanne gegangen, jede Zahlung Deutschlands für die Zukunft zu verweigern. Die Gläubigermächte hingegen, Frankreich an der Spitze, wollten gewisse Verpflichtungen Deutschlands auch in Zukunft bestehen lassen. Frankreich forderte die Zahlung einer Ausgleichssumme von acht Milliarden Goldfranken. Die deutschen Vertreter wollten sich schließlich bereit erklären, zwei Milliarden Goldmark zu zahlen. Der geschickten Vermittlung des englischen Premierministers MacDonald ist es zu verdanken, daß schließlich eine Annäherung zwischen den französischen Forderungen und den deutschen Eingeständnissen erreicht wurde. Man einigte sich auf die Zahlung einer Summe von insgesamt 3 Milliarden Mark. Damit ist die durch das Hoover-Jahr gestundete Jahreszahlung abgegolten, ferner zahlt Deutschland rund eine Milliarde Mark in eine Wiederaufbaukasse, die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich verwaltet wird und für Kredite an finanziell schwache, namentlich südoeuropäische Länder verwandt werden soll. Die Zahlung der drei Mil-

liarden erfolgt nicht auf einmal, auch nicht in festen Raten, sondern in Gestalt von Bonds, die auf dem internationalen Kapitalmarkt untergebracht werden und von Deutschland verzinst und amortisiert werden müssen. In den ersten drei Jahren braucht überhaupt nichts gezahlt zu werden. Die Reichsschuldverschreibungen können nur dann ausgegeben werden, wenn das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands wiederhergestellt ist. Der erste Teil der Bonds wird dem internationalen Kapitalmarkt zugeleitet, wenn bei 5proz. Verzinsung ein Kurs von 90 Proz. erreicht wird. Der zweite Teil wird begeben, wenn die Schuldverschreibungen zu einem Kurs von 95 Proz. unterzubringen sind. Wenn innerhalb einer Frist von 12 Jahren nach Inkrafttreten der

Zahlungen die Begebung der drei Milliarden Schuldverschreibungen auf den ausländischen Kapitalmärkten nicht möglich ist, so verfällt der nicht ausgegebene Restbetrag vollständig! Es besteht also die Möglichkeit, daß Deutschland noch weniger als drei Milliarden zu zahlen braucht. Deutschland hat jederzeit das Rückkaufsrecht für die von der BIZ. noch nicht ausgegebenen Bonds. Soweit die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands in der Zukunft. — Nicht unwichtig ist es, daß das Deutsche Reich sofort die vollständig freie Verfügung über die Reichsbahn und die Reichsbank erhält. Diese beiden Institute werden von allen internationalen Bindungen befreit. Alle der BIZ. überreichten Reichseisenbahnbonds werden zurückgegeben, ebenfalls die deutsche Goldeinlage in Höhe von 65 Millionen, die zinslos bei der BIZ. lag. Die Reichsbank ist auch von der Verpflichtung befreit, die ihr bezüglich der Golddeckung und der Höhe des Diskontsatzes auferlegt war. Das wichtigste von alledem ist, daß hinfort die Reparationszahlungen vollständig beseitigt sind. Die aufgeworfenen politischen Fragen, um die in Lausanne heftig gestritten wurde, sind nur teilweise gelöst. Der Teil des Versailler Vertrages, der die Reparationen

auf der Grundlage der „festgestellten Kriegsschuld“ aufbaute, wird gestrichen und durch den Lausanner Vertrag ersetzt. Die deutsche Regierung hat gemäß ihrer Einstellung versucht, für Deutschland die sogenannte Wehrfreiheit zurückzuverlangen. Schließlich hat man infolge des Widerstandes der Gegner auf Durchsetzung dieser Forderung verzichtet. Unseren Standpunkt zu dieser Frage dürften wir als bekannt voraussetzen: Wir verlangen keine Aufrüstung Deutschlands, sondern die allgemeine Abrüstung aller Staaten! Durch die hemmungslose Rüstungsfreiheit aller Staaten würde jener Zustand wieder herbeigeführt, den man glaubt durch die endgültige Liquidierung des Weltkrieges überwunden zu haben. Nicht die Vorbereitung zu Kriegen tut not, sondern der Wiederaufbau des armen durch politische Zänkereien und Krisen zerrütteten Europa.

Nun soll eine Weltwirtschaftskonferenz die Wiedergesundung Europas vorbereiten. Das deutsche Volk aber muß innerpolitisch die Kräfte beseitigen, die einer friedlichen, wirtschaftlichen Verständigung der Völker hindernd im Wege stehen. Vor allem Schluß mit dem Nazispuk! Dazu ist am 31. Juli hinreichend Gelegenheit gegeben.

Einheitsfront

Die Sowjets bedrohen, wie jeder weiß,
Den Klassenfrieden, den Erdölpreis,
Die Baumwollkurze, die Religion,
Moral und Zündholzproduktion!
Drum reichen Deterding, Vandenberg,
Ford, Morgan und Thyssen einander die Hände:
„Hoch die Kultur, die's zu schirmen gilt,
Dreimal so hoch die Dividende!“
Um Leichenbeute wird später gestritten —
Jetzt feiern die Herren Honigmond.
„Auf denn“, ruft Krupp, „gen Oskan geritten,
Es lebe die goldene Einheitsfront!“

„Ich träumte einst von Arbeiterpartei“,
Sprach Hitler, „doch das ist längst vorbei.
Nügt ruhig sein, die ihr schafft und rafft:
Zeit steht und treu die Zinsnechtshaft!“
Und neue Anschläge gab es im Ru
Zu Uniformrock samt Hose,
Und neue Anschläge gab es dazu
Auf Krüppel und Arbeitslose.
So einten sich Hitler und die Barone.
Schon steigen glorreich am Horizont
Hohenzollern-Schurkart und Krone.
„Es lebe die braune Einheitsfront!“

Von Warschau bis Schanghai, von Süd bis Nord,
Von Essen bis Newyork, von Thyssen bis Ford,
Von Hitler bis Horthy steht er geeint,
Der imperialistische Klassenfeind!
Sie greifen an, sie marschieren geschlossen!
Können denn wir nicht, was die gelohnt?
Die Zeit ist knapp. Zeit ist Blut, Genossen!
Genossen, schließt die Einheitsfront! *Jura*

Die Arbeitsdienstpflicht nach den Plänen der Nationalsozialisten

Die von den Nationalsozialisten propagierte allgemeine Arbeitsdienstpflicht wird auf dem Wege, wie ihn die Nationalsozialisten beschreiten wollen, die Not der Arbeitslosen nicht mindern, zumal die Unterhaltungskosten des Arbeitsdienstpflichtheeres die heute ausgeworfenen Mittel für die Arbeitslosenversicherung bei weitem überschreiten, die Frage aber offenlassen, was mit den Angehörigen der Arbeitsdienstpflichtigen wird. Das gibt der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Hierl, ein Oberst a. D., in seinem programmatischen Vortrag über „Sinn und Gestaltung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht“, den er am 23. Mai 1932 auf einer Veranstaltung der Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht in Berlin gehalten hat, auch zu, denn er stellt nach dem stenographischen Bericht fest, daß für die ersten Jahre der Reichsarbeitsdienst zu den freierwerbenden Tageslöhnen der Arbeitslosenunterstützung noch Zuschüsse von einigen hundert Millionen Mark nötig habe. Was im übrigen die Nationalsozialisten unter ihrer Arbeitsdienstpflicht verstehen, wollen wir in kurzen Zügen wiedergeben. — Als Leitsatz zur Aufstellung des Arbeitsdienstpflichtheeres wird das Wort geprägt: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz.“ Das hindert die Nazis aber nicht daran, daß für Tausende ihrer Anhänger Einrichtungen geschaffen werden sollen, die auf Kosten der Allgemeinheit gehen und die diese „Parteibuchbeamten“ durch gute Bezahlung über die Not des Alltags hinweghebt. Der Arbeitsdienst soll nicht bloß eine vorübergehende Aushilfe, sondern eine dauernde Einrichtung und zwischen die allgemeine Schulpflicht und die unbedingte wieder zu fordernde allgemeine Wehrpflicht als Verbindungsglied eingeschoben werden. Zu dem Zweck propagieren die Nazis die Forderung auf Schaffung der allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht für alle jungen deutschen Männer. Auf die Arbeitsdienstpflicht der Frauen wird vorläufig noch verzichtet. Doch wird, wie im alten Heer, für besonders Bevorzugte wieder ein Privileg geschaffen, denn „auf Grund besonders bürgerlicher Verhältnisse können deutsche Staatsangehörige von der Ableistung der Arbeitsdienstpflicht befreit werden.“

Daß die arbeitsrechtlichen Bestimmungen über Tarif, Arbeitszeit usw. auf den Arbeitsdienst keine Anwendung finden, ebenso wenig die Schutzbestimmungen, ist selbstverständlich. Als Anerkennung für die geleistete Arbeit wird den Arbeitsdienstpflichtigen neben der Unterkunft und der Verpflegung ein Taschengeld von 30 bis 50 Pf. pro Tag gewährt. Die Dauer des Arbeitsdienstes beträgt zwei Jahre, doch können Aerzte, Ingenieure, Techniker und Angehörige sonstiger Berufe, die zu einer ihrer Fachausbildung entsprechenden Sonderverwendung im Arbeitsdienst geeignet sind, nach einem Jahr praktischen Arbeitsdienstes beurlaubt werden. Da steht also wieder das alte Einjährigensystem der Vorkriegszeit auf. Besonders betont Hierl, daß die Lösung der dem Arbeitsdienst zufallenden Aufgaben eine einheitliche straffe Führung festgefügt und leicht beweglicher Arbeitsverbände notwendig mache. Was der Arbeitsdienst sein soll, geht auch klar aus dem Satz hervor: „Das Stammpersonal kann in rein organisatorischer Beziehung mit den Kapitulanten, Offizieren, Aerzten und Beamten der alten Wehrmacht verglichen werden. Dem entspricht auch der Aufbau des Arbeitsdienstpflichtheeres.“

Der unterste Arbeitsverband ist die Arbeitsabteilung, die sich zusammensetzt aus 1 Führer, 1 Stellvertreter, 1 Derwaller, 1 Quartiermeister, 1 Zeugmeister, 1 Sportwart, 15 Truppführern, 1 Heilgehilfen, 20 Dormännern, 4 Spielleuten und 170 Reichsarbeitern. Daß dazu Feldküchen, Kraftwagen, Handwagen und

Fahrräder kommen, ist selbstverständlich. 10 bis 15 solcher Arbeitsabteilungen bilden eine Arbeitsgruppe unter einem Kommandeur. Zum Gruppenstab gehören 1 Stellvertreter des Kommandeurs und 3 Gehilfen neben dem nötigen Kanzleipersonal. Der Aufbau des ärztlichen Personals, angefangen bei dem Heilgehilfen bis zum Gruppenarzt, ist der gleiche. 10 bis 15 Arbeitsgruppen sind zusammengefaßt zu einer Arbeitsinspektion, an deren Spitze ein Inspekteur steht. Wie sich der Stab des Inspektors zusammensetzt, hat der Oberst a. D. Hierl aus guten Gründen nicht näher erläutert. Das Reichsgebiet wird in 30 Inspektionsbezirke eingeteilt. An der Spitze des deutschen Arbeitsdienstes soll der

deutsche Reichsminister für Arbeitsdienst stehen. — Der theoretischen Ausbildung der Mannschaften im Winter folgt der eigentliche Arbeitsdienst, der sich auf Entwässerungsarbeiten, den Bau von Hochwasserschutzdämmen, den Ausbau der deutschen Wasserkrafts, Aufforstungsarbeiten, Ausbau der Straßen und der Luftverkehrsanlagen erstreckt. Um das Heer der Reichsarbeiter zu erhalten und das Stammpersonal dauernd besolden zu können, verlangt Hierl, vom Reich Kredite zu schöpfen, d. h. inflatorische Maßnahmen auf dem Gebiet des Geldwesens zu treffen. — Es ist selbstverständlich, daß in dem Heer der Reichsarbeiter auch manche sind, die sich nicht mit allen Maßnahmen der Führung einverstanden erklären und dagegen opponieren werden. Um das zu unterbinden, müssen die Führer tatkraftige Persönlichkeiten sein, die es verstehen, sich ihren Untergebenen gegenüber unbedingt durchzusetzen. Schärfste Zucht und Ordnung muß aufrechterhalten werden. — Die Einberufung der Arbeitsdienstpflichtigen geschieht nach vorheriger ärztlicher Musterung. Mit dem Tage der Musterung sind die Einberufenen Reichsarbeiter, die einer besonderen Gerichtsbarkeit unterstehen. In dem dazu vorliegenden Geleitzbrief heißt

„§ 16: Wer sich der Arbeitsdienstpflicht vorsätzlich und rechtswidrig entzogen hat oder wer der Einberufung zum Arbeitsdienst vorsätzlich und rechtswidrig nicht Folge leistet, wird nach der vom Reichskanzler zu erlassenden Strafrechtsordnung des deutschen Arbeitsdienstes bestraft. Schuldhaft versäumter Arbeitsdienst ist nachzudienen.“

§ 30: Wer es unternimmt, in der Öffentlichkeit in Wort, Schrift, Bild oder in anderer Weise den deutschen Arbeitsdienst verächtlich zu machen oder sonst herabzuwürdigen, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Wer einen Arbeitsdienstpflichtigen aufreizt, der Einberufung zum Arbeitsdienst nicht Folge zu leisten oder wer einen Angehörigen des Arbeitsdienstes aufreizt, eine Widergesetzlichkeit, Gehorsamsverweigerung, Meuterei oder Werkshädigung zu begehen, wird mit Zuchthaus bestraft.“

Für schwer Vorbestrafte oder besonders widergesetzliche Arbeitsdienstpflichtige sollen eigene „Besserungsabteilungen“ gebildet werden. Den Vorgesetzten ist Strafgewalt nach den Bestimmungen der Dienststrafordnung über die Untergebenen zugebilligt.

Man braucht nicht besonders kritisch veranlagt zu sein, um nach diesem Auszug aus dem Vortrag des Nationalsozialisten Hierl festzustellen, daß die von den Nazis propagierte Arbeitsdienstpflicht einem ganz anderem Zwecke dienen soll als dem, Werte für die Allgemeinheit zu schaffen. Gegen eine solche Einrichtung, die nur den Zweck hat, das Proletariat unter die Knute einer befehlshütigen Gesellschaft zu bringen, werden wir uns mit allen Mitteln zur Wehr setzen.

Wir wollen an Stelle der nationalsozialistischen Arbeitsdienstpflicht den freiwilligen Arbeitsdienst nach den Vorschlägen der Gewerkschaften und unter Anwendung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen. Um das durchzusetzen

wählen wir Sozialdemokraten, Liste 1. E. F.

Um „die breite Masse Mensch“ einzufangen

Der deutschnationale „Volksbote“ vom 26. März veröffentlicht eine Zuschrift, die er vom nationalsozialistischen Sturm 23 erhalten hat. Darin heißt es:

„Sollten Sie aber fernerhin beabsichtigen, den Nationalsozialismus öffentlich zu verunglimpfen, so werden wir Ihnen den „schlagenden“ Beweis liefern, daß wir Nationalsozialisten als Männer der Tat Ihre Dreckschmeiereien gegen den eigentlichen Nationalsozialismus gebührend ahnden werden. Sozialisten sind wir genau so wenig, wie Ihre Parteivorschütze, sozial zu sein. Nach reichlicher, wirklich ernsthafter Ueberlegung werden Sie wohl der Wahrheit gemäß zugehen müssen, daß derartige Schlagworte lediglich dazu dienen, um die untere breite Masse Mensch einzufangen, ohne die ja bekanntermaßen keine Partei zur Macht gelangen kann. Hätten Sie in Ihrer Partei nicht die veraltete These von der Wiedereinrichtung der Monarchie aufgestellt, wäre die NSDAP. heute nur halb so stark und mächtig.“

Wenn zwei sich streiten, erfährt eben der Dritte oft die Wahrheit! („Der Deutsche“, Nr. 75, vom 31. März 1932.)

Die Bedeutung der ehrenamtlichen Mitarbeit in der Verwaltung

I.

Es liegt im Wesen und in dem Aufbau unserer modernen Stadtverwaltung, daß die Erfüllung ihrer Aufgaben in viel höherem Maße als früher erledigt wird von einem festbesoldeten Beamten- und Angestelltenheer. Damit ist die ehrenamtliche Mitarbeit der Bürgerschaft durchaus nicht etwa in den Hintergrund gedrängt, sondern sie hat heute bei dem wachsenden Aufgabengebiet der Selbstverwaltungskörperschaften eine sehr weitgehende Bedeutung erlangt.

Die Heranziehung zur Mitarbeit schreibt die Städteordnung sehr klar vor, und zwar für bestimmte Deputationen, Kommissionen und Kuratorien, wie die Schuldeputation, die Gesundheitsdeputation, die Finanz- und Steuerdeputation, die Deputation für Handel und Gewerbe u. a. m., die Körperschaften auf Grund des Jugendwohlfahrtsgesetzes und die Fürsorgepflichtverordnung. Daneben muß die Einrichtung von Deputationen und Kommissionen erfolgen für alle wesentlichen Aufgaben, die die Stadtverwaltung auf Grund selbständiger und freier Verpflichtungen autonom durchführt. Hier ist das Mitwirkungsgebiet für die Bürgerschaft äußerst mannigfaltig. Aber nicht nur für die Stadtverwaltung besteht die Pflicht, die Bürgerschaft an der Verwaltung zu beteiligen, sondern die Bürgerschaft ist gesetzlich verpflichtet, dem Ruf, Kraft und Persönlichkeit in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen, zu folgen.

Der Einfluß der öffentlichen Verwaltung auf das Wirken und Handeln jedes einzelnen Staatsbürgers ist in der gesamten deutschen Geschichte noch nie so stark in Erscheinung getreten, wie in den wenigen Jahren nachkriegszeitlicher Entwicklung. Der Weg zum wohlgeordneten Staat, dessen höchste Sorge das Wohlergehen aller Volksgenossen ist, ist, trotz vieler noch vorhandener Mängel und Hemmungen, mit sichtbarem Erfolg beschritten.

Der in den Nachkriegsjahren gesteigerte Ausbau der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze, die Betreuung der Kinder, der Jugendlichen aller Lebensklassen, die Hilfe, die allen in Not geratenen Erwachsenen zuteil wird, das vorbeugende und heilende Eingreifen in den Gesundheitszustand der Bevölkerung, sind Aufgaben, deren Erfüllung hauptsächlich durch die öffentlichen Organe ausgeübt wird. Die kommunalen Aufgaben übersteigen heute an Fülle und Verantwortung den vorkriegszeitlichen Aufgabenkreis um ein Mehrfaches. Das Höchstmaß an materiellen Sorgen, das heute die Gemeinden zu tragen haben, bedingt nicht nur Einsicht und Verständnis des Bürgers, sondern auch seine hingebungsvollste Mitarbeit am Wohle seiner engeren Gemeinschaft.

Zwanzigtausend Bürger sind allein in Berlin ehrenamtlich tätig. Welche Summe von Arbeit all diese vielen ungenannten und ungekannten Ehrenbeamten zu leisten haben und unter welchen schweren Umständen sie ihre uneigennütigen und leider so oft verkannte Tätigkeit ausüben, ist in weiten Kreisen vollkommen unbekannt: 477 551 Hauptunterstützte mit 237 398 Zuschlagsempfängern, 20 327 nicht laufend Unterstützte mit 15 448 Zuschlagsempfängern wurden im Monat April 1932 von den Berliner Wohlfahrtsämtern unterstützt. Das sind mehr als 17,6 Proz. der Berliner Bevölkerung, die ihr bescheidenes Leben durch Zuwendungen der organisierten Gemeinschaft, also der Stadt Berlin, fristen.

Von den rund 750 000 von den Berliner Wohlfahrtsämtern unterstützten Personen sind rund 500 000 Wohlfahrtserwerbslose und Arbeitslose mit gemeindlicher Zusatzunterstützung inkl. Familienangehörige! Neben der Erhöhung des kaum noch von der Kommune aufzubringenden Unterstützungsaufwandes, der im April die Stadt Berlin mit 19 332 669 Mark belastete, erwächst eine Fülle von Arbeit, die mit bürokratischen Kräften nicht bewältigt werden kann. Nur das seit Jahrzehnten gut ausgebaute System ehrenamtlicher Mitarbeit macht es möglich, daß die ins Riesenhafte gewachsene Fürsorge für die notleidende Bevölkerung reibungslos durchgeführt werden kann.

Der ehrenamtliche Wohlfahrtspfleger, die erste und heute bedeutungsvollste Gruppe von Ehrenbeamten, muß daher,

um ersprießlich arbeiten zu können, das unbedingte Vertrauen der Behörde, aber auch nicht minder das seiner Schutzbefohlenen haben. Beides ist dadurch gewährleistet, daß die Ehrenbeamten nach Möglichkeit im Bezirk ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit wohnen müssen, also durch enge Nachbarschaft mit den zu betreuenden Personen oder Familien verbunden sind. Ihre Wahl erfolgt in Berlin auf Vorschlag der Wohlfahrtsorganisationen nach Zustimmung der Bezirksämter durch die Bezirksversammlungen, analog in anderen Städten und Gemeinden durch die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevorstellungen. Je nach der Größe des Verwaltungsbezirks ist dieser in eine Reihe von Wohlfahrtskommissionsbezirken gegliedert. Diese Kommissionen setzen sich aus durchschnittlich 20 Mitgliedern zusammen, die von einem Vorsteher geleitet werden. Der Hauptanteil der zu leistenden Arbeit entfällt auf den Kommissionsvorsteher. An mehreren Tagen in der Woche muß er zu bestimmten Zeiten Sprechstunden abhalten, um Hilfesuchende zu beraten, ihre Wünsche und Anträge entgegenzunehmen und bei dringender Not mit kleineren Beträgen oder Lebensmittelzuweisungen schnellstens einzugreifen. Da von einer Kommission mehrere Hundert Personen betreut werden, ist eine umfangreiche schriftliche und auch kassentechnische Arbeit zu leisten. Die bei den Vorstehern und auch vielfach die bei den Wohlfahrtsdienststellen gestellten Anträge bedürfen einer eingehenden Nachprüfung. Diese Aufgabe entfällt auf die Kommissionsmitglieder — Wohlfahrtspfleger genannt —, die durch persönliches Auffuchen des Gesuchstellers, also durch Nachprüfung an Ort und Stelle, sich von der Bedürftigkeit des Unterstützungsuchenden überzeugen sollen. Geschäftsleute, Hauswirte müssen mit der notwendigen Dorsticht befragt werden. Hängt doch von dem Ergebnis der eingezogenen Erkundigungen im wesentlichen das Schicksal des Gesuchtes ab. Zu dem Prüfungsbefund und der Art und der Höhe der Unterstützung nimmt die Kommission gemeinschaftlich Stellung. Eingehend wird über jeden Unterstützungsfall beraten und evtl. durch Abstimmung entschieden. Die von dem Wohlfahrtspfleger zu leistende Ermittlungsarbeit, die Ansprüche an sein soziales Empfinden sind bei der fortschreitenden Verelendung der Massen außerordentlich hohe. Die verschämten unbeholfenen Armen darf er durch die sich vordrängenden, alle Schliche kennenden Unterstützungsuchenden nicht leiden lassen. Von keiner Seite Anerkennung und Dank erwartend, muß er seine geringe Freizeit benutzen, um treppauf, treppab, an viele Türen pochend, den ihm gewordenen Auftrag zu erledigen. Diesseitig sind die Anträge, die durch ihn behandelt werden, Barunterstützungen, Sachleistungen wie Mietbeihilfen oder Uebernahme rückständiger Mietschulden, Lieferung von Bekleidung aller Art, von Hausrat, Feuerung, Lebensmitteln, Uebernahme von Krankenhauskosten und auch Bestattungen gehören zu den Pflichtleistungen der Wohlfahrt. Darüber hinaus werden aber auch Anträge gestellt, die jeder inneren Berechtigung entbehren. Es ist nicht immer ohne Gefahr für den recherchierenden Wohlfahrtspfleger, sich absurden Anträgen entgegenzustellen. Aber das Pflichtgefühl gegenüber dem Gemeinwohl wird ihn in den meisten Fällen dazu leiten, seine persönliche Sicherheit und vielfach auch seine persönliche Ehre hintanzustellen. Zahllos sind die Fälle persönlicher Bedrohung, noch zahlreicher die der Beschimpfungen und Beleidigungen. Die Stadt ist nicht immer in der Lage, sich restlos schützend vor ihre schweren Dienst verrichtenden Ehrenbeamten zu stellen.

Monatlich einmal finden sich die Wohlfahrtspfleger in ihren Bezirken zusammen, um mit einem sachkundigen Beamten des Amtes, mit einer Familienfürsorgerin und mit dem zuständigen Wohlfahrtsarzt die neuen Anträge und auch die Verhältnisse der laufend Unterstützten eingehend durchzusprechen. Die Beschlüsse der Kommission gehen als Vorschläge zum Wohlfahrtsamt, das dann seinerseits die endgültigen Entscheidungen trifft. Die Ermittlungstätigkeit des Amtes ist bis auf Sonderfälle schwieriger Natur oder solche, die schnellste Erledigung erfordern, stark eingengt. Dadurch sind Entscheidungen möglich, die frei von jeder bürokratischen Einstellung gefällt werden können.

M. P. Liebrandt.

Unerhörter Lohnabbau bei den bayer. Staatsbauarbeitern

Das Staatsministerium des Innern, das mit unserm Gesamt-Verband im Tarifverhältnis für die Straßen- und Flußbauamtsarbeiter Bayerns steht, hat es sehr eilig (allen Scharmachern voran), die Löhne noch einmal abzubauen. Dem Vertreter des Arbeiterreferats im Ministerium des Innern, Regierungsrat Salisko, genügt der Lohnabbau mit 28,3 Proz. für diese Arbeiter noch nicht, er verlangt einen weiteren Lohnabbau bis zu 12 Pfennigen pro Stunde und einen weiteren Abbau der Sozialzulagen, obwohl die Löhne seit dem 1. April 1929 — der Höchstlohn um 29 Pf. und der Niederstlohn um 26 Pf. pro Stunde, die Zulagen gar nicht eingerechnet — abgebaut worden sind. Was kümmert man sich um die Anschauung, die Herr Staatsrat Schäffer schon vor etwa einem Jahr im Bayerischen Landtag zum Ausdruck gebracht hat, daß es genug sei mit dem Gehalts- und Lohnabbau in den Staatsbetrieben. Auch die Warnung des früheren Reichsarbeitsministers Stegerwald verhalte an dieser Stelle, als er vor aller Öffentlichkeit erklärte, daß es einen allgemeinen Lohnabbau nicht mehr geben kann und darf. Das alles geniert das Arbeiterreferat im Staatsministerium des Innern nicht. — Die für 21. Juni angelegten Verhandlungen scheiterten, weil die Vertreter der Arbeiter jeden Lohnabbau rundweg ablehnten. In seiner Not suchte das Ministerium das Heil beim Landesrichter, der nicht versagte und mit dem Schiedsspruch mit 4 Pf. den gewünschten Lohnabbau brachte. Erlangt dieser Schiedsspruch Rechtskraft, dann hat ein Handwerker bei der Staatsbauverwaltung in der höchsten Ortsklasse nur noch einen Stundenlohn von 71 Pf. und ein Hilfsarbeiter einen solchen von 62 Pf. In der untersten Lohnstaffel dagegen 54 Pf. und 47 Pf. pro Stunde. Und da sagt Regierungsrat Salisko, die Löhne dieser Arbeiter seien noch überhöht. Was sich das Ministerium des Innern weiter leistet, übersteigt alle Grenzen. Während der Schiedsspruch am Dienstag, dem 5. Juli, gefällt wurde und die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung bis Dienstag, den 12. Juli, lief, konnte es sich das Arbeiterreferat im Ministerium des Innern nicht verlagern, schon am 6. Juli 1932 nachstehende Ministerialentschließung an die Dienststellen hinauszugehen. Sie lautet:

„Auf Grund von § 21 des Tarifvertrages für die Arbeiter in den Eigenbetrieben der staatlichen Straßen- und Flußbauverwaltung usw. (L. B. St. B. 1931) wurden die zur Zeit für die Staatsbauarbeiter geltenden Löhne samt Zuschlägen und Zulagen zum Zwecke der Herabsetzung gelündigt. Die Verhandlungen mit den am L. B. St. B. 1931 beteiligten Arbeitnehmervereinigungen über die Festsetzung neuer Löhne sind ergebnislos verlaufen. Die vom Landesrichter gebildete Schlichterkammer hat am 5. Juli 1932 in dem Lohnstreit einen Schiedsspruch gefällt. Da aber die Annahme dieses Schiedspruches durch die Tarifvertragsparteien oder seine Verbindlichkeitsklärung nicht feststeht, ist vorfristig den unter den L. B. St. B. 1931 fallenden beschäftigten Staatsbauarbeitern am 11. Juli 1932 zwecks Kündigung der bisherigen Löhne zu kündigen. Die nach § 18 Ziff. 3 des L. B. St. B. 1931 vorbehaltene Zustimmung der Kreisregierung ist im vorliegenden Falle durch die gegenwärtige Entschließung erlegt.“

Sofort die neuen Löhne bis 18. Juli 1932 noch nicht bekanntgegeben wurden, sind unter Aufrechterhaltung der Kündigung die bisher geltenden Löhne bis zur Bekanntgabe der neuen gefürzten Löhne weiter zu bezahlen.“

Diese Entschließung zeigt deutlich, wohin der Weg bei den Staatsarbeitern führen soll. Man kündigt den Arbeitern vorsorglich die Arbeit, damit man die vom Schlichter durch Schiedsspruch abgebauten Löhne sofort auf dem Wege des Verwaltungsdiktats durchführen kann. Regierungsrat Salisko kümmert sich anscheinend nicht mehr um die Verordnung von Tarifverträgen. Warum soll man nicht selbst diktieren, wenn doch schon immer davon

gesprochen wird. Bayerisch ist diese Methode zwar nicht, sie stammt nämlich aus Berlin und zwar von Ministerialrat Leube im Reichsverkehrsministerium, der die Löhne der bayerischen Reichswasserstraßenarbeiter auf dem Verwaltungswege diktierte. Warum soll sich Herr Salisko solche Methoden nicht auch zu eigen machen. Seit Herr Salisko im Amt ist, gibt es nur Verschlechterungen und wieder Verschlechterungen für die Arbeiter. Was kümmert es

das Staatsministerium, ob ein Arbeiter mit seiner Familie Verdienst oder Brot hat. Die Herren höheren Beamten, die an solch entscheidenden Stellen sitzen, leiden ja nicht darunter, sie haben höchstens die größten Sorgen, wie sie sich nach oben in empfehlende Erinnerung bringen können. Seit mehr als einem Jahre gibt es im Staatsministerium des Innern nichts anderes als Ablehnung all dessen, was nach Verbesserung für die Arbeiter riecht. Wir verstehen, daß auf Grund der schlechten Finanzlage Bayerns gespart werden muß, wir können aber nicht verstehen, daß das nur auf Kosten der Arbeiter gehen soll. An der Arbeiterkraft, besonders aber an der bayerischen Staatsarbeiterschaft liegt es nun, aus diesem Vorgehen die notwendige Lehre zu ziehen. Darum: Tretet ein in die freigewerkschaftliche Organisation und wählt am 31. Juli die Liste der Sozialdemokratie! J. W. G. I.



10-Pf.-Brochüren
Jugend erwache! Es geht um dich
Landmann erwache!
Kampf dem Betriebsfaschismus



10-Pf.-Brochüren
Wer hat uns verraten?
Die Toten mahnen: Nie wieder Krieg!
1000 Worte Hitler



15-Pf.-Brochüren
Naazi-Kommunalpolitik
Die Frau im Dritten Reich
Marxistisches ABC



15-Pf.-Brochüren
Wißt ihr das? Was mit der demokratischen Republik erreicht wurde
Volk und Sozialdemokratie. Ihre Leistungen und Erfolge
Reparationen und Sozialdemokratie



Diese Aufklärungs- und Kampfschriften sind erhältlich bei
Verlagsanstalt „Courier“ GmbH.
BERLIN SO 16, Michaelkirchplatz 4



Arbeitsdienst mit Parademarsch

Der nationalsozialistische Bürgermeister Schwede von Koburg sprach am 4. Juli 1932 in einer Versammlung in Berlin über den von der Stadtratsmehrheit in Koburg eingerichteten freiwilligen Arbeitsdienst für Wohlfahrtsarbeitslose. Seine Ausführungen sind um so bemerkenswerter, als sie nicht irgendwelche Pläne schildern, sondern darüber berichten, was jetzt schon von den Nationalsozialisten geschaffen ist. Schwede erzählt u. a.:

„Wir wollen die Jugendlichen aber nicht nur arbeiten lassen, sondern sie auch an Zucht und Ordnung gewöhnen. Daher geht es mit militärischer Zucht und Ordnung zu. Gearbeitet wird in Trupps, wie überhaupt alles immer in geschlossenen Abteilungen ausgeführt wird. Urlaub wird auf Antrag gegeben, ausnahmsweise sogar bis zum Weiden. Urlaubsüberschreitung einmal; Verweis; zweimal Entzug des Urlaubs auf bestimmte Zeit bzw. Verbot, ein gewisses Gebiet um das Lager herum zu überschreiten; dreimal: Entfernung aus dem Lager. Am Eingang zum Lager ist eine Wachstube, in der bei Rückkehr der Urlaubsschein abgegeben werden muß. Für die Stunde bekommt der Arbeitsdiensttunende 61 Pf., die aber nicht ausgezahlt werden, sondern nur täglich 30 Pf. Der Rest wird ihm auf ein Sparkastendbuch gutgeschrieben. Braucht er Kleidung, muß der Lagerführer einen Bedarfsschein nach gründlicher Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung ausstellen, mit dem der Käufer in ein vertragsmäßig verpflichtetes Geschäft geht, und gegen Abgabe des Scheins kauft. Die Firma hat den Schein mit Rechnung an die Stadtverwaltung einzureichen, worauf der Betrag von dem Sparkastenguthaben des Käufers abgebucht wird. Jüdische Geschäfte sind natürlich von der Belieferung ausgeschlossen. Für die Verpflegung wird täglich jedem Arbeiter 1,25 M. abgezogen, so daß er etwa wöchentlich 6 bis 8 M. gutgeschrieben erhält. Parade findet alle vier Wochen statt. Zu dem gemeinsamen Marschgang, der alle 14 Tage stattfindet, wird ebenfalls geschlossen marschiert. Wir werden weiter so fortfahren, in der Gewißheit, daß vieles von dem, was wir bereits praktisch durchgeführt haben, in gesetzlicher Form bald allgemein eingeführt wird, denn aber nicht als freiwillige, sondern als allgemein verbindliche Arbeitsdienstpflicht.“

Eindeutiger kann die Militarisierung der Arbeiter bei den nationalsozialistischen Dienstpflichtplänen wohl nicht zum Ausdruck kommen.

17. Verbandstag der belgischen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Der belgische Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hielt seinen 17. Verbandstag vom 25. bis 27. Juni in Brüssel ab. Auf seiner Tagesordnung stand die Frage des Anschlusses seiner Staatsarbeitersektion an die belgische Arbeiterpartei (Sozialisten). Der Verband zerfällt in zwei Gruppen: Gemeindepersonal und Staatspersonal. Die erste ist der Partei kollektiv angeschlossen. Der Kongress faßte eine Resolution, die den einzelnen Ortsgruppen den Anschluß überläßt. In Brüssel fanden während des Kongresses Sektionstagungen statt, deren Beschlüsse vom Vollkongress ratifiziert wurden. Es wurden auch Stimmen laut, daß in Zukunft jede der beiden Sektionen ihren besonderen Kongress abhalten solle. Würde diesem Wunsche Rechnung getragen, so käme man schließlich gar zur Veranstaltung von sechs Tagungen, denn am Ende würde man für jede Sprache noch bei jeder Sektion eine besondere Tagung verlangen, was ja auch schon gewünscht worden ist. Das am stärksten ins Auge fallende Merkmal des belgischen Kongresses ist nämlich seine Zweisprachigkeit. Jede Rede muß französisch und flämisch wiedergegeben werden. Die Uebersetzungen erschweren das Arbeiten sehr. Dennoch ist der Kongress mit seinen Verhandlungen gut zu Ende gekommen. Die Sprachschwierigkeit wurde nicht nur durch gute Uebersetzer, sondern auch durch den ausgezeichneten kameradschaftlichen Geist, der alle Delegierten beherrschte, überwunden. Einstimmig wurde der Geschäfts- und Kassenbericht gebilligt. Eine Wahl des Büros, d. h. der leitenden Verbandssekretäre, findet im belgischen Verband nicht statt. Die Sekretäre werden ein für allemal gewählt. So steht der Generalsekretär Louis Uytroever seit Anfang des Verbandes an seiner Spitze. Er ist zugleich Abgeordneter der Arbeiterpartei. Auf dem vorigen Kongress feierte man sein zwanzigjähriges Jubiläum als Verbandsangestellter. Bei diesem Kongress beglückwünschte man ihn, daß er unverletzt einem Attentat entgangen ist, das einige Tage vorher in der belgischen Kammer auf ihn ausgeübt worden war. Ein früherer Verbandsangehöriger, der Spaltung in die Reihen der Mitglieder bringen wollte, was ihm dank der Tätigkeit Uytroevers nicht gelang, schoß mit dem Revolver auf ihn. Glücklicherweise glitt die Kugel an einem Knopf der Kleidung ab, Uytroever wurde nicht verletzt.

Wie bei uns hat auch der belgische Verband Lohnkürzungen über seine Mitglieder ergehen lassen müssen. Die Sparmaßnahmen und die Maßnahmen zur Konzentration in der Gas- und Elektrizitätswirtschaft haben auch Entlassungen zur Folge gehabt. In einer Reihe von Fällen ist es dem Verband gelungen, besondere Entlassungsentzündigungen durchzusetzen. Mit dieser Frage hatte sich der Kongress zu beschäftigen, eine seiner Resolutionen fordert die allgemeine Durchführung einer solchen Entschädigung.

Für die deutschen Kollegen, die gewiß froh wären, wenn sie von der Wirtschafts- und öffentlichen Finanzkrise nicht schwerer als die belgischen Genossen getroffen würden, dürfte es interessant sein zu hören, daß auch in Belgien die Regierung sich über die Rechte der kommunalen Selbstverwaltung hinwegsetzt und den Gemeinden Vorschriften in bezug auf die Entlohnung ihres Personals macht, wonach es nicht besser als das Staatspersonal gestellt sein soll. Zu diesem Punkt referierte Kollege Uytroever in der Sondersitzung der Sektion Gemeindepersonal und der Kongress nahm einen scharfen Protest gegen solche Regierungseingriffe vor. Mit großer Genugtuung nahm der Kongress auf, daß der Magistratsrat von Gent, der Stadt mit der größten kommunalen Wirtschaft in Belgien, der Genosse Balthasar, auf der Tagung erschien und erklärte, daß er sich gegen solche Eingriffe der Regierung wende. Dabei legte er dar, daß er bei einem derartigen Widerstand aber auch das kommunale Personal hinter sich haben müsse. Eine weitere angenehme Ueberraschung war das Erscheinen von Emile Vandervelde, des Vorsitzenden der Partei und der Sozialistischen Internationale, auf dem Kongress. Dadurch kam zum Ausdruck, wie sehr der Verband in den Parteikreisen geschätzt und wie bedeutungsvoll er für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft gehalten wird.

Der belgische Verband gehört zu den ältesten Mitgliedern der Internationalen Föderation des Personals öffentlicher Dienste und Betriebe. Sein starker internationaler Geist kam in der Geschichte unserer Internationale immer wieder zum

Ausdruck. Es ist gewiß ein Zeichen der Anerkennung dieses Geistes, daß auf seinen Tagungen stets eine Reihe der unserer Internationale angeschlossenen Länder vertreten sind. Auch diesmal war es wieder der Fall, wo für Deutschland und die Internationale Kollege Fritz Müntner anwesend war und Gelegenheit hatte, die internationale Solidarität der belgischen Kollegen kennenzulernen. Sie fand ihren Ausdruck noch in einer besonderen Resolution des Kongresses an die Adresse der deutschen Kollegen folgenden Wortlauts:

„Angesichts der drohenden Gefahr, die das Anwachsen der faschistischen Bewegung darstellt, entbietet der Kongress der deutschen Sektion der Internationale des Personals öffentlicher Dienste seinen brüderlichen Gruß. Er versichert ihr vor der nationalistischen Reaktion seine Solidarität in dem zähen Kampf mit dem Faschismus und drückt ihr sein festes Vertrauen aus, daß sie den Kampf siegreich bestehen wird.“

V. H.

Alles wird anders im Dritten Reich

In Mecklenburg-Strelitz, dem Ländchen mit 110 000 Einwohnern, regiert seit April 1932 eine nationalsozialistisch-deutschnationale Koalition. Jetzt liegt der erste Haushaltsplan des braun-blauen Bloks vor.

Rund 16 Millionen Mark betrug der bisherige Etat des Landes. Der neue Etat der „nationalen Regierung“ ist um rund 3,3 Millionen gekürzt worden. Während die Ausgaben aller Länder und Gemeinden infolge der sozialen Lasten und Anforderungen steigen, senken die Hitler- und Hugenberg-Leute dort, wo sie regieren, den Etat um ein Fünftel. Mit anderen Worten:

Sie vermindern die sozialen Leistungen

und vermehren damit die Not und den Hunger. Die Ersparnisse gehen fast ausschließlich auf Kosten der Arbeitenden und der Arbeitslosen. (733 000 Mark sind noch durch die Senkung der Beamtengehälter (Reichsnotverordnung) gespart worden.)

Um diese Ersparnisse zu ermöglichen, wurden die

Theaterarbeiter auf die Strafe geworfen,

das Landestheater geschlossen.

Die Arbeitslosen läßt man verfaulen,

die bisherigen Wohlfahrtsbeihilfen für die Gemeinden wurden gestrichen. Die „nationale Regierung“ begründet dies mit den Worten: „Die Gemeinden haben ihren Etat selbständig auszubalancieren. Es ist die Pflicht des Reiches, den Gemeinden zu helfen und die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzuschalten.“ Mit anderen Worten wer aber keine Arbeit hat, braucht auch nicht zu essen.

Der Ausgleichsfonds, den das frühere Linkskabinett für notleidende Gemeinden in Höhe von 60 000 Mark zur Verfügung gestellt hatte, ist von der Naziregierung abgeschafft worden. Unter dieser Streichung haben vor allem die Witwen und Wohlfahrtsempfänger der Gemeinden zu leiden.

Den Alten und Waisen wurde der Brotkorb höher gehängt, der Zuschuß zum Karolinenstift, einem Alters- und Waisenheim, ist auf 25 000 Mark herabgedrückt worden.

Mieten erhöht!

Mietbeihilfen wurden um zwei Fünftel gekürzt (von 275 000 auf 225 000 Mark). Der Staatsbeitrag zur Instandhaltung von Altbauwohnungen ist bis auf 20 000 Mark gestrichen worden. Die bisherigen Zuschüsse zum Bau von Landarbeiterwohnungen sind restlos gestrichen. — Nicht einmal das Pflichtfünftel der Hauszinssteuern soll für Wohnungsneubauten verwendet werden.

Die Massensteuern erhöht!

Allein die neue Schlachtsteuer, die indirekt vom Fleischverbraucher getragen werden muß, soll jährlich 330 000 Mark bringen, d. h. bei etwa 25 000 bis 26 000 Familien, jährlich 12 Mark Belastung pro Familie. — Dafür aber

Geschenke an die Besitzenden.

Die Zeitpacht für Domänen wurde um 46 000 Mark herabgesetzt. 100 000 Fektmeter Nutzholz aus Staatsforsten wurden für den Preis von 5,50 Mark pro Fektmeter (das ist der Preis für Brennholz) an die Holzkäufer verschleudert.

Liebesgaben an die Fürsten!

Nach dem 9. November 1918 setzte sich der Staat in den Besitz des von seinen Bewohnern verlassenem großherzoglichen Schlosses. Errichtet war es von dem Staat und aus den Steuergrößen des Volkes. Statt der Junta von Montenegro beherbergte dann das Riesengebäude verschiedene Derwaltungen und vor allem zog der Landtag dort ein. Jetzt hat die „nationale Koalition“ ihre Regierung beauftragt,

das Parlament aus dem Schloß zu entfernen.

In der Agitation haben die Nazis während der letzten Wahlen landauf, landab immer wieder erklärt: Es muß alles anders werden! Mecklenburg-Strelitz zeigt, wie es „anders“ wird, wenn Nazis regieren. Anders schon — besser niemals!

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Fachkammer verlangt Entscheidung der gärtnerischen Rechtsfrage durch Notverordnung

Im Anschluß an einen Bericht über den Abwehrkampf unserer österreichischen Berufskollegen gegen den Versuch, ihnen das gewerbliche Arbeitsrecht zu nehmen (vgl. „Gewerkschaft“ A Nr. 28, Sp. 457) gaben wir auch schon kurz Kenntnis von einem ähnlichen Vorgang in Deutschland, von dem heißen Bemühen der Sächsischen Fachkammer für Gartenbau, ausgerechnet jetzt eine Entscheidung des ein halbes Jahrhundert schon schwebenden Streites um die sogenannte „gärtnerische Rechtsfrage“ herbeizuführen. Dieser Vorgang ist gewiß wichtig genug, um etwas näher unter die Lupe genommen zu werden.

Am 22. Juni gelangte an die Adresse unseres Kollegen Haude bei der Bezirksleitung Dresden eine Mitteilung des Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums, die besagte, daß am 2. Mai d. J. im Sächsischen Wirtschaftsministerium auf Veranlassung der Fachkammer für Gartenbau eine Besprechung über die „Frage des Unterfallens von Gärtnereien unter die Gewerbeordnung, die Arbeitszeitverordnung und das Kinderarbeitsgesetz“ stattgefunden habe. Beigefügt war eine Niederschrift über diese Besprechung im Umfang von 18 engbeschriebenen Schreibmaschinenseiten und die Abschrift eines dabei erstatteten Referats des Herrn Direktors genannter Fachkammer im Umfang von 10 Seiten. Referat und Ausführungen mitgebrachter Vertreter der Baumschulen und Handelsgärtnereien klangen aus in drei Anträgen, deren wichtigster lautet:

„Die sächsische Regierung wolle sich sobald als möglich an die Reichsregierung wenden und mit besonderem Nachdruck darauf dringen, daß die Frage der Rechtszugehörigkeit des Gartenbaues beschleunigt vom Reich geregelt wird, um eine einheitliche und klare Rechtsgrundlage an Stelle des jetzigen Zustandes der Rechtsunsicherheit zu schaffen.“

Das Ministerium ersuchte nun uns, sieben Wochen nach dieser Besprechung, um „möglichst umgehende Stellungnahme“.

Was ist Schlimmes geschehen, daß jetzt — nachdem seit fast einem Jahrzehnt von berufenen Stellen nicht das geringste veranlaßt ist — so sehr „beschleunigt“ eine andere Rechtsgrundlage geschaffen werden soll? — Antwort: Es ist schon eine Entscheidung gefallen, und zwar durch eine der höchsten Gerichtsinstanzen des Freistaates Sachsen, aber — die paßt den um die Gartenbau-Fachkammer gescharten Herren nicht! Darum der Schrei nach dem Reich, auf das man sonst in höchsten Tönen verächtlich pfeift. —

Und was war dieser höchstinstanzlichen Entscheidung vorausgegangen? Das ist keine kurze Geschichte. Soll man sie kurz skizzieren, dann muß man sagen: Es handelt sich um langjährige Sabotageakte der jetzt Klage erhebenden Fachkammer, um Maßnahmen, die gegen gerichtliche Entscheidungen, darunter der allerhöchsten deutschen Instanz, des Reichsarbeitsgerichts in Leipzig, gerichtet waren. — Bekanntlich hat am 3. Oktober 1928 das RA.G. in einer Arbeitszeitstreitsache unseres Verbandes mit der Firma A. Richter, Dresden, die gerade auf Veranlassung der Fachkammer bis zur höchsten Instanz getrieben worden war, entschieden: Die meisten Gärtnereien sind dem Gewerbe zuzuschreiben! — Der gewöhnliche Sterbliche mag annehmen, daß jede amtliche Stelle es als höchste Moral und Pflicht ansieht, die geltenden Gesetze und ihre höchstinstanzliche Auslegung als ein Evangelium zu achten und durchzuführen, aber — die Sächsische Fachkammer ist andersrum gewickelt. Sie hat seit der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts alles getan und nichts unversucht gelassen, was geeignet erschien, ihr und den betreffenden Gesetzen entgegen zu handeln. — Es würde nun sehr weit führen, wollten wir alle angewendeten Mittel hier aufzählen und allen Schlichen nachspüren, drum wollen wir uns auf den vorliegenden Fall beschränken.

In jedem Jahre, wenn die vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium verfügten Personenstands- und Betriebsausnahmen vorzunehmen waren, erließ die Fachkammer in ihrem Amtsblatt eine Bekanntmachung des Inhalts, die „Gartenbaubetriebe“ (der neue, absichtlich irreführende „Begriff“ für Gärtnereien) seien zur Ausfüllung der Betriebsblätter nicht verpflichtet. Im Jahre 1930 ging die Fachkammer sogar so weit, bestimmte Aufforderungen zur Sabotage dieser betriebsstatistischen Erhebungen, verbunden mit falscher Berufung auf die Landesfinanzämter, anzufügen. Wir

haben diesen unerhörten Amtsmißbrauch der Fachkammer angeprangert (vgl. „Gewerkschaft“ 1930 Nr. 41 und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die zuständigen Behörden endlich einmal Maßnahmen treffen werden, solche Sabotageakte der Fachkammer zu verhindern.

Diese öffentliche Bloßstellung und Anklage hat offenbar gewirkt. Nur ist man nicht den geraden Weg eines Disziplinarverfahrens gegen den die Gesetze derart mißachtenden Direktor der Fachkammer gegangen — wahrscheinlich standen dem noch unüberwindbare Hindernisse in anderen Ressorts entgegen —, sondern hat den Umweg über die Gerichte gehen müssen. Es wurde durch die Staatsanwaltschaft Klage erhoben gegen sieben, oder sinds gar zehn, Gärtnereien der verschiedensten Art und — für den Kenner selbstverständlich — wiederum hat die Fachkammer sich hinter die Beklagten gestellt und den Streit bis zur höchsten Instanz getrieben. Wohl immer noch in der Erwartung, auch diese durch die so oft angewendete und oft bewährte Methode doch noch beeinflussen zu können. Doch hier ist's vorbeigelungen! —

Darum jetzt die große Aktion! Das Sächsische Wirtschaftsministerium, das alle die geschilderten Maßnahmen der Fachkammer natürlich stets gedeckt hat, das wird nun in Anspruch genommen, um allen seinen Einfluß geltend zu machen, damit durch einen gesetzgebenden Akt jetzt die Entscheidung im gewünschtesten Sinne herbeigeführt werde. Natürlich denkt man nicht daran, die normale Gesetzgebung durch die Volksvertretung zu bemühen, sondern man hält Zeit und Gelegenheit für günstig, um durch — Notverordnung die Sache zurecht drehen zu lassen. — Fürwahr ein feiner Plan, den Plänen würdig, die schon bisher in der Fachkammer gesponnen wurden. Doch es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch ans Licht der Sonnen! — So werden, des sind wir gewiß, trotzdem und alledem auch die Fäden dieses gerissenen Planes zerrissen werden können

Erfolgreiche Fachblattwerbung

Wo die selbstverständlich stets notwendige Werbung für unsere verbandseigene Fachzeitschrift — das „Gärtnerei-Fachblatt“ — energisch und doch mit dem rechten Verständnis für die berufliche Weiterbildung einerseits und die jetzigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten andererseits in die Hand genommen wurden, da ist auch der Erfolg nicht ausgeblieben. 10, 12 und 15 neue Bezieger wurden auf einen Schlag gewonnen, sowohl in Hamburger oder Kölner Bezirksgruppen, als auch in Königsberg i. Pr. oder in der Berliner Jugendgruppe. Auch kleine Fachgruppen, wie z. B. die in Kladow (Havel) oder Garmisch (Bayern), brachten auf einen Haufen 9 und 5. — In allen Fällen, wo nur überhaupt geworben wurde, sind also anerkennenswerte Erfolge erzielt.

Zu diesen beigetragen hat zweifellos auch die jüngste Maßnahme der Reichsfachgruppenleitung, die jetzt eine andauernde Werbearbeit auch während des laufenden Quartals gut ermöglicht. Die Maßnahme besteht darin, daß allen nach dem Beginn eines Bezugsjahres gewonnenen Beziehern das Fachblatt erstmals unentgeltlich durch die Reichsfachgruppe zugeestellt wird, wodurch den Kollegen die beim Postbezug sonst entstehenden Nachlieferungsgebühren erspart bleiben. Im übrigen hat sich der Postbezug bestens bewährt. Werbt also dauernd weiter — denn in der Ausdauer liegt der Erfolg.

Berufsausbildung

Erfolgreicher Kursus der Kölner Fachgruppe. In der Zeit vom 4. März bis 31. Mai 1932 veranstaltete die Ortsverwaltung für die Fachgruppe Gärtnerei, Park und Friedhof einen fachlichen Kursus, an dem sich 50 Mitglieder, und zwar nicht nur gelernte, sondern auch angelernte Kollegen beteiligten. Kollege Scherrer, bekannt als Mitarbeiter an unserem „Fachblatt“, verstand es als Kursusleiter, das Thema der Gehölzkunde in fesselnder Weise zu behandeln. Bei Verwendung von äußerst reichhaltigem Demonstrationmaterial vermittelte er tiefgründiges Wissen und Verstehen dieser nicht ganz leichten Fachkunde. In 14 Vortragsabenden und 6 Sonntagsführungen hatten die Kursusbesucher Gelegenheit, alle Merkmale und Veränderungen, die sich an den Gehölzen von der Winterzeit an bis zur vollen Entfaltung im Spätfrühling vollziehen, sich einzuprägen. Alles in allem, ein erfolgreicher Kursus, der Leiter und auch Teilnehmer voll befriedigte und daher — dem Wunsche weiter Mitglieberskreise entsprechend — im Herbst voraussichtlich seine Fortsetzung finden wird. Wa.

Eine Ungerechtigkeit in der Krankenversicherung?

Das Kabinett von Papen, das ja lediglich das gehorsame Vollzugsorgan nationalsozialistischer Wünsche ist, hat uns eine Notverordnung beschert, gegen welche die Notverordnungen des Reichskanzlers Brüning Harmlosigkeiten waren. Nur daß die Nazis diesmal nicht das bei Brüning übliche Wutgeheul ausstießen, da es ihnen ja verboten ist, eine Kritik an diesem getarnten Nazikabinett zu üben. — Direkt greift diese Notverordnung zwar noch nicht in die Krankenversicherung ein, wohl aber werden sich schwerwiegende indirekte Folgen für die Versorgung der Versicherten einstellen. Nach den Bestimmungen einer früheren Notverordnung mußten auch die Erwerbslosen und Krisenunterstützten für die Familienkrankenscheine die 50-Pf.-Gebühr entrichten und von den Medikamenten die Hälfte bezahlen. — Ersteres war oft schwer, letzteres oft unmöglich. — Die Wohlfahrtserwerbslosen waren dagegen von Krankenschein und Rezeptabgaben vollkommen befreit. — Der Unterschied zwischen Alu- und Kru-Unterstützten und Wohlfahrtserwerbslosen wurde wohl deshalb gemacht, weil besonders die Alu-Unterstützten sich finanziell besser standen, und man daher glaubte, ihnen dieses Opfer zumuten zu können. —

Wie ist die Situation nach der Papenschen Notverordnung? Die Unterschiede zwischen Alu, Kru und Wohlfahrt sind fast oder bzw. ganz aufgehoben. — Während aber die Wohlfahrtserwerbslosen im Falle von Krankheit wenigstens von unmöglichen und unsozialen Zuzahlungen befreit sind, besteht dieser Zustand bei den Alu- und Kru-Empfängern weiter.

Bei einer Wochenunterstützung von durchschnittlich 8 bis 12 Mk. wird es diesen Kreisen unmöglich sein, besonders in Fällen schwererer Erkrankung, eine Zuzahlung zu Krankenschein und Rezeptkosten zu leisten. Letztere würden sich z. B. bei einer Lungenentzündung auf mindestens je 2 Mk. für die ersten Rezepte, bei einer Diphtherie auf 4 bis 5 Mk. für das Serum allein belaufen. (Bei Familienangehörigen.) — Das würde bedeuten, daß der nicht erkrankte Teil der Familie einfach hungern müßte und auch Miete usw. nicht bezahlt werden könnten.

Wenn schon bei der bisherigen Regelung viele Familienangehörige der oben erwähnten Kreise den Arzt nicht aufsuchen konnten, weil trotz höherer Unterstützung derartige Ausgaben unmöglich waren, so wird dies jetzt in erhöhtem Maße der Fall sein.

Eine Krankenhausaufnahme ist noch teurer, weil die Krankenkassen der RVO. im allgemeinen nur noch höchstens 1,50 Mk. pro Tag bezahlen dürfen.

Die Folge wird sein, eine Verschleppung zahlreicher Krankheitsfälle, erhöhte Seuchengefahr und Wirkungslosigkeit der Seuchenbekämpfung. Alles in allem außer Not, Kummer und Elend für die Betroffenen eine schwere Gefährdung der Volksgesundheit.

Wenn auch heute größere städtische Gemeinden für solche Leistungen, die durch die Krankenkasse nicht gedeckt sind, einspringen, so ist dies bei der Mehrzahl der Landkreise und Landgemeinden nicht der Fall und wird von diesen Kommunalverbänden auch energisch abgelehnt. — Oft kein Wunder bei der trostlosen Finanzlage gerade der ländlichen Gemeinden.

Irgendwie muß den bedrohten Volkskreisen aber geholfen werden.

Selbst im Hitler-Lager wird man einsehen müssen, daß man von den heutigen Hungerunterstützungen nicht noch 20 bis 50 Proz. bei Erkrankungsfällen ausgeben kann. —

Es müßten diese Ausgaben also entweder gesehlt den Bezirksfürsorgeweränden auferlegt werden, was meines Erachtens unmöglich sein wird. Oder aber die Bestimmungen der Brüning'schen Notverordnung vom Jahre 1930 müssen aufgehoben werden, soweit sie eine entsprechende Zuzahlung bei Familienangehörigen der Alu- oder Kru-Unterstützten vorsehen.

Das wäre auch nur logisch, denn diese Kreise sind heute nicht besser gestellt als die Wohlfahrtsempfänger und die entsprechende Voraussetzung des alten Gesetzes ist damit hinfällig.

Die Nationalsozialisten, die doch angeblich Freunde der Arbeiterschaft und entschiedene Gegner jeder Notverordnung sind, haben noch keine dementsprechenden Anträge eingebracht. Hier zeigt sich am besten die Unehrllichkeit ihrer politischen Versprechungen. Hier ist manchem Erwerbslosen, der den Nazis nachschlauft, Gelegenheit zum Erwachen gegeben.

Es erscheint notwendig, daß sich Gewerkschaften und Partei mit dieser für die Volksgesundheit so wichtigen Angelegenheit eingehend beschäftigen und ihrerseits dem bedrängten Proletariat Hilfe bringen.

Dr. Korn, Steine-Breslau, Mitgl. der Schles. Ärztekammer.

WIRTSCHAFT UND POLITIK

Severings Mahnung zur Vernunft. Minister Severing hat folgenden Aufruf an die Bevölkerung erlassen:

„Von Tag zu Tag werden die politischen Leidenschaften wilder aufgeheht. Immer stärker überwuchern Verhegung und wilder Haß die Besonnenheit und Vernunft und lassen vergessen, daß auch der politische Gegner Volksgenosse und gleichberechtigter Staatsbürger ist. Die gewalttätigen Zusammenstöße mehren sich in erschütternder Zahl. An Stelle geistiger Auseinandersetzungen tritt der Kampf mit dem Messer und Revolver. Tag für Tag färbt das Blut deutscher Bürger das Pflaster, rast der politische Mord durch die Straßen der Dörfer und Städte. Alle politischen Parteien überschütten die Behörden mit Klagen über mangelhaften Schutz und mit Beschwerden über den Terror der — anderen. Wer die Tätigkeit unserer Polizei aufmerksam verfolgt und gerecht beurteilt, wird zugeben müssen, daß sie in diesen unruhigen Zeiten mehr als ihre Pflicht tut. Aber Wunder verrichten kann auch die Polizei nicht. Sie kann Bluttaten verfolgen, die Täter verhaften und dem Richter zuführen — die politischen blutigen Kämpfe verhindern kann die Polizei nur dann, wenn Frauen und Männer aller Parteien diese entsetzliche Entartung des politischen Meinungskampfes einmütig ablehnen und verabscheuen. Man verlangt Sicherheit —, mit Recht; die Polizei wird sie mit allen Kräften aufrechterhalten. Aber die größte Sicherheit der Staatsbürger beruht auf dem Verzicht, die Sicherheit der anderen zu bedrohen. Man spricht von Selbstschutz; aber der wirksamste Selbstschutz ist die Selbstzucht. Jeder andere, vermeintliche Selbstschutz muß schließlich zum brutalsten Faustrecht führen, und neue Blutströme würden seine unausbleibliche Folge sein. Aber es darf kein Blut mehr fließen. Ich richte darum an alle, die guten Willens sind, die dringende Bitte, der ruhigen Besonnenheit wieder Eingang in politischen Ringen zu verschaffen. Wenn die Führer aller politischen Parteien und Verbände mithelfen, jeden Versuch gewalttätiger Auseinandersetzung zu unterdrücken und zu brandmarken, dann wird dem Morden Einhalt geboten und Deutschlands Ansehen in der Welt wieder hergestellt werden können.“

Protesttelegramm an den Reichspräsidenten. Der Vorsitzende der SPD, Otto Weis, und der Vorsitzende der bisherigen SPD-Reichstagsfraktion, Dr. Rudolf Breitscheid, haben an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Unterzeichneten, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Vorsitzender der bisherigen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, erheben schärfsten Protest gegen die Politik der Reichsregierung, die innerhalb von sechs Wochen, nicht zuletzt durch die Aufhebung des SA-Verbots und die Freigabe der SA-Uniformen, bürgerkriegsähnliche Zustände in ganz Deutschland ausgelöst hat. Die täglich wachsende Zahl von Toten und Schwerverletzten stellt die furchtbarste Anklage gegen eine Politik dar, die bestimmt wird durch offensichtliche Begünstigungen gegenüber der verfassungsfeindlichen NSDAP. Die sechsmonatige Bilanz des neuen Kurses ist gekennzeichnet durch eine Herabdrückung der Existenzbedingungen für Millionen unter die Hungergrenze, durch eine Verwilderung der politischen Sitten, die vor dem Leben der eigenen Volksgenossen und vor der Ehre wehrloser Frauen nicht haltmacht, durch eine Erschütterung der Reichseinheit und jeder Staatsautorität, wie sie selbst in den schlimmsten Nachkriegsjahren nicht in Erscheinung getreten ist. Das sind die Folgen einer fortgesetzten Begünstigung verfassungsfeindlicher Kräfte, während die Bemühungen verfassungstreuer Länderregierungen, Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten, durch Maßnahmen der Reichsregierung durchkreuzt werden. — Die Fortsetzung des bisherigen Kurses beschwört unabsehbare Gefahren für Reich und Volk herauf. Wir mahnen vor aller Welt in letzter Stunde zu grundsätzlicher Umkehr.“

Die Nazis schlimmer als die ärgsten Scharfmacher. In den Arbeiterversammlungen gebärden sich die Nazis als die sozialste und gerechteste Partei, die man sich überhaupt denken kann. Ihr wahres Gesicht aber enthüllt sie in der Presse, die hauptsächlich für ihren bürgerlichen Anhang geschrieben wird. So schreibt die nationalsozialistische „Hessische Landeszeitung“ in Nr. 171 vom 23. Juni 1932:

„Gegenüber der sich breitmachenden Tendenz auf schrankenlose Ausdehnung der Sozialpolitik kann die Forderung auf grundsätzliche Beschränkung derselben nicht genug betont werden.“

Für die Nazis ist also der ungeheuerliche Sozialabbau der Papenschen Notverordnung noch nicht genug. Sie wollen noch weniger Unterstützung, noch weniger Rente, noch weniger Arbeiterschutz und Arbeiterrecht. Ihr Arbeiterideal ist der Sklave, der sich unter dem gespornen Stiefel des Junkers krümmt. Ihr Ziel ist die völlige Verelendung der deutschen Arbeiterschaft. Unsere Aufgabe dagegen ist die Befreiung der Arbeiterschaft aus der Lohnsklaverei. Die deutsche Arbeiterschaft hat sich in mehr als 60-jährigem Kampf einen Grundstock von Rechten errungen. Gewerkschaften und SPD. standen dabei in vorderster Front. Das weiß jeder Arbeiter und daran wird er auch am 31. Juli denken, an dem Tag, an dem die Entscheidung fällt über die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft, an dem Tag, an dem diese selbst mit ihrem Stimmzettel darüber entscheidet, ob sie ein Haus getretener Sklaven oder ein Heer freier Arbeiter sein will.

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Die wahre Einheitsfront

Zur jetzigen Zeit der äußerst schärfsten Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeiterklasse tritt der Gedanke der Klassen-solidarität wieder mehr in den Vordergrund und verlangt mit aller Gewalt die Einheit des Proletariats. Bei der Diskussion in Betrieben, unter den Erwerbslosen und im öffentlichen Leben über die Einheitsfront sieht man ein Aufleuchten der Augen, sieht man die Sehnsucht nach ihr. Jawohl! Einheit, Einheit, Einheit! Das Fanal der Arbeiterbewegung verlangt stürmisch seine Rechte. Nur die Einheit kann den Faschismus bezwingen. In diesem Augenblick sieht das internationale Proletariat auf uns und erwartet von uns mit eisernem Besen und Willen die Niederringung des Faschismus. Wir haben sonst das Recht verwirkt, die Avantgarde des internationalen Proletariats zu sein. Hatte 1919 ein großer Teil der Beamten und Arbeiter noch nicht die Erkenntnis für die Freiheit, die ihnen die Republik gab, so sollte das Mord- und Roubdptum und der hinter ihm stehende Faschismus der letzten Jahre ihm die Augen geöffnet haben. Der Faschismus hat es verstanden, die bürgerlichen Parteien zu zertrümmern und ihre Anhänger unter der Parole „Kampf dem Margismus“ den Nazireihen zuzuführen. Diese gewaltige Leistung, der jeder klassenbewußte Arbeiter nicht seine Achtung versagen kann, muß uns als Beispiel dienen, das Letzte gegen den Faschismus hinzugeben.

Vor mir liegt ein Flugblatt zur Wahl, unterzeichnet von der Freien Arbeiter-Union (Anarcho-Syndikalisten, Bravo ihrer Erkenntnis (sonst Nichtwähler), Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK), Kommunistische Partei Opposition (KPO), Sozialistische Arbeiter-Partei (SAP).

Zwei Sätze in diesem Flugblatt sind wichtig. In Absatz 5 der ersten Seite der Satz: „Der Faschismus muß geschlagen werden.“ Und im Absatz 6 der zweiten Seite am Schluß heißt es: „Millionen warten auf die Klassenfront!“ Jawohl „Klassenfront!“ Mit diesem Wort müssen sie, wenn sie es ehrlich meinen, wenn sie das in Absatz 5 der ersten Seite Genannte ernst nehmen, auch alles Persönliche in diesem gigantischen Kampfe zurückstecken. Dann hat jeder Kampf gegen die eigene Klasse zu schweigen. Der Faschismus und die Reaktion bieten solch eine Menge gewaltiger Angriffspunkte, daß man es nicht nötig hat, momentan die verschiedensten taktischen Einstellungen dieser oder jener Partei anzugreifen, auch die des Zentrums nicht, wenn ich das Wort Klassenkampf ernst nehme in diesem Moment. Klassenkampf heißt einheitliche Bewegung der gesamten Klasse.

Pflegt nur einmal Gleichberechtigung unter euch, Demokratie! Es ist ein großes Opfer nach jahrelanger gegenseitiger Zerfleischung. Es ist aber dieses große Opfer wert, wenn aus diesem Kampf das Reservoir des Vertrauens zu uns wieder gefüllt wird. Wer sich diesem großen, idealen Ziel unter Hintenansetzung seiner persönlichen und politischen Anschauung verschließt, hat das Recht verwirkt, Klassenkämpfer zu sein. Darum muß auf dem Boden des demokratischen Prinzips die Einheit der Arbeiterschaft hergestellt werden.

Darum, Proletarier, vereinigt euch für die Freiheit!

H. Eicke, Braunschweig.

Ich-Mensch — Gemeinschaftsmensch

Der Liberalismus mit seinem Freiheitsideal, „Jedem das Seine“ und „Freies Spiel der Kräfte“ züchtete in der Zeit des Spät- und Hochkapitalismus den Ich-Menschen. Nach außen hin umgab man sich mit dem Mantel der Nächstenliebe und tat, als geschehe alles im Interesse des Gesamtwohls. Es war die Zeit, in welcher sich der Mensch die Naturkräfte und -gesetze zu eigen machte und in seinen Dienst stellte. Ueber dem materialistischen Denken und Handeln vergaß der Mensch aber sein Innenleben. Obwohl die Kultur — man könnte heute von Unkultur sprechen, wenn man die Auswirkungen in Betracht zieht — Fortschritte zeigte, haben doch die meisten in unseren Reihen keinen Teil daran.

Es ist zu verstehen, daß unsere arbeitslosen Kollegen nur noch den einen Gedanken haben: „Was soll mit uns geschehen, wie lange sind wir noch dazu verdammt, unsere Hände ruhen zu lassen? Arbeiten wollen wir, damit wir leben und unsere Familie ernähren können.“

Besonders die Jugend leidet. In die Nachkriegsverhältnisse hineingewachsen, fehlt ihr oft die Kenntnis der tieferen Zusammenhänge des politischen und wirtschaftlichen Geschehens unserer Zeit. Und hier bietet sich eine lohnende, dankbare Aufgabe für die Bildungseinrichtungen der Gewerkschaften, für jeden, der helfen will, das Bestehende zu verbessern, der kämpfen will für das Ideal der Menschenrechte, wie Generationen vor uns es getan haben. Lehren wir die Jugend die Zusammenhänge des wirtschaftlichen und politischen Lebens begreifen, lassen wir sie aus der Geschichte der Arbeiterklasse lernen, führen wir sie ein in unsere Weimarer Verfassung!

Wir müssen in unserem Leben und Wirken der Jugend ein gutes Beispiel geben. Sicher, die Individualität des einzelnen läßt sich nicht ausschalten, denn darauf beruht schließlich jeder Fortschritt, aber in den großen Fragen der Arbeiterbewegung gilt es nur einen Willen zu zeigen, diesen Willen in die Tat umzusetzen, die Befreiung der Arbeiterklasse zu erreichen.

Selbstkritik zu üben tut so vielen heute not! „Was bin ich meiner Klasse gegenüber schuldig?“ sollte sich jeder einmal fragen. Es nützt nichts, sich nur auf die anderen zu verlassen. Die Schicksalsverbundenheit der Arbeiter muß jeder einzelne fühlen, und gerade die heutige Zeit der Krisen muß für jeden Anlaß zu stärkster Aktivität sein. Der Kampf, in den die Arbeiterschaft hineingedrängt worden ist, verlangt Wirklichkeitsmenschen, getragen und erfüllt von Gemeinschaftsgeist. Trachten wir danach und kämpfen wir, um aus dem Chaos, in das uns der Kapitalismus gestürzt hat, herauszukommen und eine bessere Gesellschafts- und Wirtschaftsform zu erreichen. Vergessen wir nicht über des Alltags Sorgen unser Endziel: die sozialistische Gemeinwirtschaft.

Generationen vor uns haben einen harten Kampf geführt, um dieses Ziel zu erreichen, darum ergeht der Ruf an alle: reißt euch ein in die Front der Kämpfer und der Sieg muß unser sein!

H. Steinbacher, München.

Kraftfahrerlos! Der Kraftfahrer fährt mit seinem Chef und einigen Herren zu einer Tagung. Am Tagungsort angekommen, bekommt er Auftrag, abends 7 Uhr wieder am Wagen zu sein. Er schließt pflichtbewußt seinen Wagen ab, hat also nun vier Stunden Zeit, sich die Stadt anzusehen. Es ist an einem Sonnabend, also Lohnstag. Der Wochenlohn beträgt 36 Mk. 30 Pf., erhält seine Frau mit einem Kinde, wovon sie alles bestreiten muß, Miete monatlich 30 Mk. usw. Es bleiben ihm also 6 Mk. als Tagegeld für eine volle Woche. Der Verbandskassierer bekommt davon 1,50 Mk., außerdem ist zu zahlen Zeitungsgeld 1 Mk., bleiben also 3,50 Mk. Damit ist er wöchentlich bestimmt fünf Tage unterwegs von früh 6 bis abends 5 bis 6 Uhr. Er schlendert nun durch die Straßen der schönen Harzstadt, sieht die Auslagen der Geschäftshäuser, bekommt Appetit, denkt an seine Geldtasche, geht weiter. Zurück zum Parkplatz ist sein Weg. Dort hat er eine Stulle im Wagen, die er im Wagen verzehrt. Wie gern hätte er jetzt ein Glas Bier dazu getrunken. Morgen, Sonntag, wieder zur Tagung, wofür es keine Extraentschädigung gibt. Unser Kraftfahrer geht, nachdem er sein Brot gegessen hat, wieder weg, unterwegs kommt ihm der Gedanke, hättest du doch bloß 1 Mk. von den Speisen deines Chefs, dann wüßtest du schon zufrieden sein. Er ist dann pünktlich um 7 Uhr am Wagen, aber es wird 8 Uhr, und noch ist niemand hier. Endlich um 9 Uhr kommen sie, steigen ein und fahren los. Morgen dieselbe Fahrt. Ob es da besser wird?
Enders.

Freiheit!

„Freiheit“, herrliches Zauberwort;
Schönstes du, im ganzen Leben;
Dir, du einzig starker Fort,
Will ich freudig mich ergeben.

„Freiheit“ schalt's in dieser Stunde
Millionenfach durch's Land;
Brüder, reißet euch zum Bunde
Fest die arbeits-harte Hand.

Laßt die Zwietracht und das Hassen!
Einigkeit nur macht uns stark.

Einig laßt den Feind uns fassen
Und ihn treffen bis in's Mark.

Einigkeit ist unsre Macht;
Sie wird uns, schon ist's zu spüren,
Aus der Dunkelheit der Nacht
In die goldne Freiheit führen.

Laßt das Zammern und das Klagen;
Ballt die Faust und schließt die Reihn.
Mutig vorwärts! Nicht verzagen!
„Freiheit“ soll die Lösung sein.

Albert Herrmann

UNSERE JUGEND

Die Freibad-Akademie

Mein lieber junger Freund!

Unsere „Wirtschaftsführer“ haben die Wirtschaft in die Binsen geführt. Jetzt finden sie keinen Ausweg mehr. Die Krise scheint zum Dauerzustand zu werden und mit ihr natürlich auch die Massenarbeitslosigkeit. Du teilst das Los von Millionen! Du hast zuviel freie Zeit und Du weißt nicht recht, was Du damit anfangen sollst. Du langweilst Dich und obwohl Du nach Ansicht der feisten Spießer ein herrliches Drogenleben führst, bist Du Dir wohl selber nicht gut und verwünschst sicher recht oft dieses Leben, das dem Menschen immer mehr alle Daseinsfreude vergällt und alle Menschenwürde abnimmt.

Als junger Mensch aber mußt Du schon den Kopf oben behalten. Und als junger Sozialist erst recht. Jetzt wird es ja wieder Sommer und da wird Dir schon die sieghaft zu neuem Leben erwachte Natur ein wenig zur Stärkung Deines Lebenswillens verhelfen. Du kannst — auch ohne daß es Herr v. Papen erst notverordnet — Dich wieder üppiger auf dem Sportplatz tummeln, kannst in Licht und Luft Energie und Gesundheit stärken und kannst — das ist schon was! — wieder unter die kupferbraunen Wasserratten gehen.

Aber trotzdem: manchmal mopst man sich doch auch im schönsten Freibadbetrieb ein wenig und manchmal könnte man sogar etwas Nützlicheres tun als das, womit man gerade die Zeit totschlägt. Da will ich Dir nun einen Vorschlag machen, der Dir als jungen, strebsamen und verantwortungsbewußten Sozialisten sicherlich recht einleuchtend erscheinen wird: Ich meine die Sache mit der Freibad-Akademie.

Du brauchst nicht gleich zu erschrecken wegen dieses paßig klingenden Wortes. Ich will Dir die Sache erklären, wie ich sie mir denke: Ich gehe davon aus, daß man neben der körperlichen Erholung im Sommer die geistige Erleichterung nicht vernachlässigen darf. Du wirst ja selber wissen, daß der Erfolg der Hitler-Bewegung auf der Unwissenheit und Urteilslosigkeit des Bürgertums beruht und daß dem Faschismus der Einbruch in die Reihen der organisierten Arbeiterklasse deshalb so gut wie nicht gelungen ist, weil er hier tatsächlich auf eine eiserne Front politisch denkender Köpfe und Hirne stieß. Diese politische und geistige Schulung und Urteilsfähigkeit in den Reihen unserer Kollegen noch weiter zu entwickeln, ist eines der Hauptziele unserer Bewegung. Da denke ich mir nun, daß man sogar beim Badebetrieb das Nützliche und das Notwendige miteinander verbinden kann.

Aber Du weißt jetzt immer noch nicht, wie die Angelegenheit vor sich gehen soll. Es ist einfacher als Du glaubst. Du brauchst Dir nur Deine Freunde herzunehmen oder Dir noch ein paar junge Menschen zusammenzusuchen und brauchst dann in einem Winkel des Freibades Deine Freibad-Akademie zu etablieren. Als Lern- und Lehrmittel brauchst ihr anfangs weiter nichts als eure Gewerkschaftszeitung. Nun wirst Du ein bißchen geringschätzig die Lippen kräuseln. Da tußt Du aber Unrecht, mein Lieber. Unsere deutschen Gewerkschaftszeitungen haben in den letzten Jahren hinsichtlich ihrer geistigen Qualität eine beispiellose Entwicklung nach oben hinter sich. Diese Zeitungen sind heute sehr sorgfältig zusammengestellt und enthalten eine große Menge von Bildungstoff. Die Schriftleiter dieser Blätter sprechen heute nicht nur von hoher Warte aus über brennende Tagesfragen, sondern sie sind mit ihrem Mitarbeiterstab auch Popularisatoren der Wissenschaft auf sehr verantwortungsvollem Posten. Die Gewerkschaftszeitung ist daher heute ein sehr wertvolles und brauchbares Bildungsmittel. Deshalb sollt ihr sie auch als Ausgangsstoff für die Freibad-Akademie nehmen.

Der eigentliche Betrieb vollzieht sich dann so: Ihr nehmt euch zunächst einmal den Leitartikel vor und beginnt ihn gemeinsam zu lesen. Zunächst wird der erste Absatz vorgelesen. Die Schwierigkeit der meist dort behandelten Fragen wird es hier schon zuweilen verlangen, daß über einzelnes schwerer Verständliche gesprochen wird. Jeder kann nun fragen und jeder seine Meinung äußern bis alles klar ist. So wird Absatz für Absatz durchgesprochen, bis zum Schluß die behandelten Fragen lebendiges geistiges Eigentum der Teilnehmer geworden sind. Bei dieser Art des Zeitungslesens kommt viel mehr heraus, als wenn der einzelne für sich allein liest. Gerade auf diesem Wege kann das vielleicht schon weiter entwickelte Wissen des einen Teilnehmers für die anderen fruchtbar gemacht werden. Man muß diese Art des Zusammenarbeitens in der Praxis einmal erprobt haben, um ihre Ergiebigkeit und ihre

Vorteile voll ermessen zu können. Wie mit keiner anderen Methode wird mit dieser der geistige Appetit angeregt und die Freude am eigenen Denken geweckt. Und ganz nebenbei bildet ihr euch mit der Zeit zu geschulten und disziplinierten Diskussionsrednern aus.

So wird also jeder Artikel der Zeitung bearbeitet. Da die Zeitung sehr abwechslungsreich zusammengestellt ist, werdet ihr auf die vielfältigsten Fragen stoßen. Mit der Zeit wird der eine oder der andere sich vielleicht sogar zum Spezialisten für einzelne Fragen entwickeln. Durch Erkundigung bei der Bibliothek kann er sich dann sehr leicht fachwissenschaftliche Bücher zu seiner Weiterbildung beschaffen. Auch das wird die Arbeit des Kreises weiter weitgehend befruchten und mit der Zeit wird diese Freibadgruppe hochwertige geistige Arbeit leisten. Wenn es im Anfang auch nicht so glatt geht, so braucht euch das nicht abzuschrecken. Aller Anfang ist eben schwer; aber hier lohnt das Ziel wirklich den Schwweiß. Mit ein wenig Mut und gutem Willen lassen sich die ersten Schwierigkeiten leicht überwinden. Und vor allem: habt den Mut, euch eures Verstandes zu bedienen! Das ist das oberste Gebot für jeden geistig Fortwärtstrebenden. Und nun auf zur Arbeit! Macht aus der Not eine Tugend. Schmiedet in eurer ungewollten Freizeit, zu der euch das kapitalistische System verhilft, die Waffen, mit denen ihr es überwinden werdet. An einer alten Sonnenruh in England las ich einmal den Spruch, den gerade wir uns als Sozialisten und freie Gewerkschaftler einprägen sollten: „Die Stunden vergehen und wir sind für sie verantwortlich.“ Denkt daran!
Freundschaft! Dein B. A. Reith.

RUNDSCHAU

Eine Mahnung zur Vernunft ist ein Aufruf des preußischen Innenministers Severing an die Bevölkerung:

„Alle politischen Parteien“, so heißt es in dem Aufruf u. a., „überschütten die Behörden mit Klagen über mangelnden Schutz und mit Beschwerden über den Terror der — anderen. Wer die Tätigkeit unserer Polizei ausmerksam verfolgt und gerecht beurteilt, wird zugeben müssen, daß sie in diesen Unruhezeiten mehr als ihre Pflicht tut. Aber Wunder berichten kann auch die Polizei nicht. Sie kann Bluttaten verfolgen, die Täter verhaften und dem Richter zuführen — die politischen blutigen Kämpfe verhindern kann die Polizei nur dann, wenn Frauen und Männer aller Parteien diese entsetzliche Entartung politischer Reinigungskämpfe einmütig ablehnen und verabscheuen. Man verlangt Sicherheit — mit Recht; die Polizei wird sie mit allen Kräften aufrechterhalten. Aber die größte Sicherheit der Staatsbürger beruht auf dem Verzicht, die Sicherheit der anderen zu bedrohen.“

Das Dritte Reich eine entzündende Fata Morgana für Grenzloser Schwindel der letzte Nazi-Rettungsmanöver Die starke Begeisterung, die in der Bevölkerung für die Dritte Front herrscht, bringt die Nazis zu heller Verzweiflung. Das Dritte Reich entzündet ihnen immer mehr, zum die Notverordnungspolitik der Regierung Papen, für die die Nazis mitverantwortlich sind, ungeheure Verbitterung in der Arbeitnehmerschaft herbeigeführt hat. Sichtlich läßt sich ihr Verfall nicht mehr aufrecht- fertigen, darum greifen die Nazis zu dem argsten Schwindel- manöver, zu dem nur sie fähig sind. In ihrer Presse versuchen sie nicht nur, die Mitverantwortung für die „Opportunisten“ der Papen, Gaßl und Schäffer abzuleugnen, sondern in Furcht zu versetzen, die in Berlin verteilt wurden, wird sogar dreifach und gottesfürchtig „nachgewiesen“, daß die SPD für die Berufung der Regierung Papen und für deren Renten Kürzungen, Salzsteuer und Tribut- verpfichtungen von Lausanne verantwortlich sei. — Aber kein noch so arges Schwindelmanöver hilft den Braunhäuslern. Sie tolerieren Papen, und darum tragen nur sie die Mitverantwortung für die Notverordnungspolitik der heutigen Reichsregierung. Wer das nicht glaubt, der erinnere sich an das, was das Ham- burger Naziblatt, das „Hamburger Tageblatt“, am 11. Juni 1932 schrieb. Dort steht zu lesen:

„Dabei fühlt selbst ein Blinder, was es mit dieser Tolerierung durch die NSDAP, auf sich hat. Warum sollen wir nicht tolerieren? Wissen wir doch, daß wir die Herren von Morgen sein werden!... Dadurch, daß wir dieser Regierung sachlich gegenübergetreten sind, haben wir erreicht, was noch bis vor Wochen fast aussichtslos schien:

1. Wiederaufstellung der SA. und 2. und vor allem die Reichstagsauflösung. Was man aus durchsichtigen Gründen noch so sehr geißeln: Wir wissen ganz genau, warum wir die v. Papen-Regierung im Augenblick nicht stürzen. Wir verfolgen unsere eigenen Pläne... Wir müssen vielleicht im Augenblick etwas hinnehmen, was wir noch gern schärfstens ablehnen — wir tun dies aber in dem Bewußtsein, daß morgen die ganze Macht in Händen Hitlers liegt.“

Die Eiserne Front aber wird dafür sorgen, daß alle Nazi- Lügengebäude zerstört und Hitlers Traum von der Macht- ergreifung am 31. Juli aus ist.



Aus unserer Bewegung

Augsburg. In der Generalversammlung am 9. Juli gab Kollege Weingart den Tätigkeitsbericht. In drei Fällen wurde das Arbeitsgericht gegen die Stadtgemeinde angerufen. In zwei davon mit vollem Erfolg. Bei einigen Fachgruppen mußten örtlich Lohnbewegungen geführt werden. Beamtenabbau ist beim Fahrpersonal der städtischen Straßenbahn geplant. In den Gärtnereibetrieben haben wir eine Betriebsagitation durchgeführt. Die Werbekraft der Organisation ist trotz Anfeindungen der Beitragscheuen von rechts und links erhalten geblieben. Wir werden immer gewerkschaftliche und sozialpolitische Tagesarbeit leisten müssen, aber der tiefere Sinn und die große geschichtliche Aufgabe ist und bleibt das Klassenbewußtsein zu wecken und überall hineinzutragen, damit wir den aufgezwungenen Klassenkampf in starken geschlossenen Organisationen erfolgreich bestehen. 4000 Kampfgenossen der Eisernen Front haben in der Arbeiterstadt Augsburgs demonstriert für die Befreiung der Arbeiterschaft von kapitalistischer Fron und gegen nationalsozialistische Reaktion. Setze in diesen und den nächsten Tagen jeder einzelne alles daran, um für den 31. Juli eine starke sozialdemokratische Mehrheit zu schaffen, damit dem faschistischen Todfeind der Arbeiterorganisationen der Todesstoß versetzt wird. — Kollege Schuster berichtete dann über die Kassenverhältnisse. Die Einnahmen gehen zurück und die Ausgaben wachsen. Bei herabgesetzten Beiträgen werden die Ausgaben für gesteigerte Unterstützungsleistungen durch Arbeitslosigkeit durch die Hauptkasse immer größer. In demselben Ausmaße hat die Ortskasse von Quartal zu Quartal mit einer Derringerung des Ortskassenbestandes zu rechnen, da wir aus den lokalen Einnahmen für das Volkshaus pro Mitglied und Quartal 10 Pf. abführen müssen. Das wird nicht immer so weitergehen können, und wir werden früher oder später gezwungen sein, einen besonderen Volkshausbeitrag zu erheben. — Kollege Felbinger berichtete über die Lohn- und Tarifverhandlungen im Transportgewerbe, die nach den weiteren Lohnabbauforderungen und geplanten Verschlechterungen der sozialen Leistungen im Tarifvertrag, wie Urlaub usw., seitens der Arbeitgeber einen überaus schwierigen Verhandlungsstand für die Arbeitnehmer-Tarifpartei ergeben werden. Für die Gemeindearbeiter mußten bezirkliche Verhandlungen über das Lohntarifabkommen stattfinden, da das Reichsfinanzministerium auf restlosen Angleich an die Reichsarbeiterlöhne bestand. Es wurde ein Zusatzabkommen abgeschlossen, wobei die Gemeindearbeiter Augsburgs ihre bisherigen Löhne unverkürzt erhalten konnten.

Reichenbach i. D. In der Generalversammlung am 10. Juli 1932 erstattete der Geschäftsführer den Geschäfts-, Tätigkeits- und Kassenbericht über das 1. Halbjahr 1932. Der Kassenbestand hat sich um 470,63 Mk. verringert. Für Unterstützungen gelangten 765,31 Mk. aus örtlichen und 8772,13 Mk. aus Hauptkassenmitteln zur Auszahlung. Die Hauptkasse bekam 8310,40 Mk. in bar und 9079,30 Mk. in Belegen. Die Fakultä-Einnahme ergab 1724,40 Mk., dem eine Ausgabe von 835,92 Mk. gegenüberstand. Bgr abgeführt wurden 888,48 Mk. In der Rentka betrug die Einnahme 438,60 Mk., nach Abzug der örtlichen Verwaltungskosten von 65,80 Mk. bekam die Hauptkasse 372,80 Mk. Am 30. Juni 1932 waren vorhanden im Gesamt-Verband 1294, in der Fakultä 257, in der Rentka 24 männliche Mitglieder. — Nach längerer Aussprache wurde folgende Entschlieung angenommen:

„Die Vertreterversammlung der Ortsgruppenverwaltung Reichenbach i. D. stellt fest, daß die Verbandskörperschaften während der Berichtszeit des 1. Halbjahres 1932 nichts unversucht gelassen haben, im Kampf um die Abwehr der Herabdrückung der Lebenshaltung. Die Vertreterversammlung ist einmütig der Auffassung, daß der Regierungsantritt der Feudalherren im Kabinett v. Papen, der nur möglich war durch Abmachungen mit der NSDAP., eine große Gefahr für die Errungenschaften der Arbeiterschaft bedeutet. Die Vertreterversammlung begrüßt daher die Protestkundgebung aller gewerkschaftlichen Spitzenverbände, veröffentlicht in Nr. 26/1932 der „Gewerkschaft“, und die Entschlieung des Verbandsbeirats in seiner Sitzung vom 11. Juni 1932, veröffentlicht in Nr. 25/1932 der „Gewerkschaft“. — Darüber hinaus verpflichtet sich die Vertreterversammlung mit aller Kraft für die Stärkung der Eisernen Front, für einen Sieg der Sozialdemokratischen Partei am 31. Juli 1932 zu wirken.“

Ein weiterer Antrag, der die Erweiterung der Tarifkommission um ein Mitglied aus der Ortsgruppenverwaltung Reichenbach verlangt, wurde ebenfalls angenommen.

Politische u. wirtschaftl. Wochenschau

Ein allgemeines Demonstrationsverbot für Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel, ausgenommen solche Versammlungen in fest umfriedeten Räumen, hat die Reichsregierung für das ganze Reichsgebiet am 18. Juli erlassen. Außerdem plant die Regierung weitere Maßnahmen gegen diejenigen, die Sprengstoffdiebstähle für den politischen Kampf verüben und im politischen Kampf Sprengstoffe oder Schußwaffen gebrauchen. Die Regierung erklärt, daß sie die Bewaffnung von Parteioorganisationen auf keinen Fall dulden werde.

Die christlichen Gewerkschaften haben ebenso wie Wels und Breitscheid (siehe Spalte 490) in einem Protesttelegramm an Hindenburg gegen die Terrorakte Stellung genommen. Sie verlangen außerdem sofortiges allgemeines Uniformverbot.

Wegen wiederholter Nazi-Krawalle und Schlägereien in der Berliner Universität wurde diese vom 12. bis 16. Juli geschlossen.

Das sozialdemokratische „Volksblatt für Anhalt“ wurde auf 10 Tage, die sozialdemokratische Bernburger „Volksnachricht“ auf 7 Tage, die Wochenschrift „Das Reichsbanner“ auf zwei Wochen verboten.

Der „Angriff“, das Hetzorgan der Nazis in Berlin, wurde vom 15. bis 23. Juli verboten.

Die Welle des Bürgerkrieges in Deutschland schwillt immer mehr an. 47 Tote und 474 Verletzte wurden in der Zeit vom 11. bis 17. Juli gezählt.

Nachdem der Nationalsozialist Straßer wiederholt die Einberufung des Ueberwachungsausschusses des Reichstags ablehnte, hat der Reichstagspräsident Löbe den sozialdemokratischen Abgeordneten Heimann als ältestes Mitglied mit der Einberufung des Ueberwachungsausschusses zum 22. Juli beauftragt.

Im Gebiet von Charleroi in Belgien haben die Gewerkschaften am 11. Juli den Generalstreik erklärt. Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften haben Forderungen aufgestellt auf Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter, Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung, Zurückziehung der Brotsteuer, Herabsetzung der Miete für die Erwerbslosen, Auflösung des Parlaments und Neuwahl. Während der Streikunruhen wurde auch das Haus eines Direktors der Eisenwerke Providence in Brand gesteckt, was zum Einsatz von Militär gegen die Streikenden führte.

Zu schweren politischen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es am 17. Juli in Altona, Greifswald und Ketschendorf bei Fürstenwalde. In dem letzteren Ort wurde die Fürstenwalder Reichswehr eingesetzt. In Altona gab es nach vorläufigen Berichten 12 Tote und 55 Schwerverletzte, in Greifswald 2 Tote und 17 Verletzte und in Ketschendorf eine Anzahl Verletzte.

Thomas Bata, der bekannte Schuh-Großindustrielle, ist auf einer Flugzeugreise am 12. Juli abgestürzt und gestorben.

Ein abgerundeter Genuß!

GEG

Smarra zu 2 1/2 Pl.

mit und ohne Mundstück

Iris ... zu 3 1/3 Pl.

mit Gold-, Kork- u. ohne Mundst.

Jaka ... zu 3 1/3 Pl.

rund, dlok, nur ohne Mundstück



Ihre Erwartungen werden weit übertroffen!
Nur in Ihrem **KONSUMVEREIN!**